

März 2018  
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

## Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

# VPOD



## Wir auch?

Der VPOD und die «Me too»-Debatte: Frau und Mann im Gespräch  
Im Vorzimmer der Macht? Die Frauenorganisationen der Parteien



**MOVENDO**

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

# Digitalisierung? Weiterbildung!

Eine Tagung von Movendo und SGB

Donnerstag, 28. Juni 2018 in Freiburg

**Die Digitalisierung der Arbeitswelt schreitet voran: Das birgt Risiken und Chancen für die Arbeitnehmenden. Wie begegnen die Gewerkschaften diesen Herausforderungen?**

Digitalisierung fordert Weiterbildung. Die Qualifizierung der Menschen durch lebenslanges Lernen ist der Schlüssel für den gesellschaftlichen Fortschritt und einen sozialverträglichen Arbeitsmarkt. Die Tagung ist ein Kompass durch den schweizerischen Weiterbildungsdschungel, reflektiert die gewerkschaftlichen Positionen und formuliert die Anforderungen für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik.

**Datum und Zeit:** Donnerstag, 28. Juni 2018, 9.00–16.30 Uhr

**Ort:** Freiburg, NH-Hotel

**Info/Anmeldung:** [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch)

**Tagungsgebühr:** Gratis für Mitglieder von Garanto, Nautilus,

SEV, syndicom, VPOD und Unia

Nichtmitglieder: CHF 250.–

## Ich will VPOD-Mitglied werden!

- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.

Vorname/Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Arbeitsort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67,  
Postfach 8279, 8036 Zürich, oder mailen an: [vpod@vpod-ssp.ch](mailto:vpod@vpod-ssp.ch)



«Was passiert eigentlich, wenn die Katze des Nachbarn meinen Kanarienvogel frisst?» »

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

[www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)



## Themen des Monats

- 5 Eine kleine Atempause**  
Erfreulich klares Votum gegen «No Billag»
- 6 Die Maske fällt**  
Die SVP solidarisiert sich mit den grössten Ausbeutern
- 7 Unser bester Feind**  
Zum Tod des ehemaligen Zürcher Erziehungsdirektors Alfred Gilgen
- 8 Renditen steigen, Renten sinken**  
Wie der Bundesrat und die Arbeitgeber neuerdings die Altersvorsorge reformieren wollen
- 9 Mission «Diversität»**  
Schwule, Lesben und Transgender erfahren noch immer Diskriminierung
- 11–16 Dossier: Wir auch?**  
Der grosse Geschlechterdialog: Natascha Wey und Christoph Schlatter unterhalten sich über «Me too» und trinken ein Feierabendbier

## Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 10 Aus den Regionen und Sektionen**
- 17 Susi Stühlinger: Wer Senf braucht**
- 18 Wirtschaftslektion: Die Schweiz – kein Sonderfall**
- 19 Wettbewerb: Radierungen**
- 20 VPOD aktuell**
- 21 Hier half der VPOD: Und wer zahlt die Spesen?**
- 22 Solidar Suisse: Kleinstgewerbe in Managua**
- 23 Menschen im VPOD: Hans Graber ist 100**

### Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53  
Nr. 2, März 2018  
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch  
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter  
ist Redaktor des VPOD-Magazins

## Abgeschossen

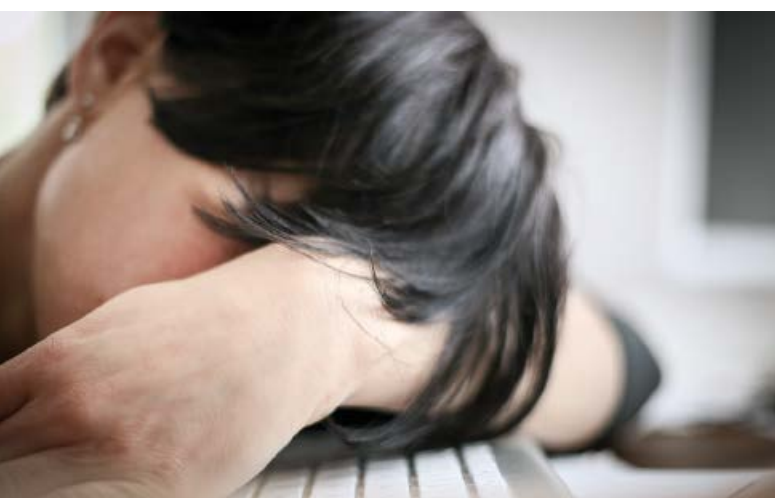
Am 23. Januar 2018 erschoss ein 15-Jähriger an der Marshall-County-Highschool in Benton, Kentucky, 2 Schüler und verletzte 18 weitere. – Ein Vater wurde am 31. Januar 2018 in Philadelphia, Pennsylvania, an der Lincoln-Highschool durch zwei Schüsse getötet. – An der Salvador-B.-Castro-Middle-School in Los Angeles, Kalifornien, wurde am 1. Februar 2018 einem Jungen in den Kopf und einem Mädchen ins Handgelenk geschossen. – Am 5. Februar 2018 wurde ein Schüler schwer verletzt, als im Parkhaus der Oxon-Hill-Highschool in Oxon Hill, Maryland, auf ihn gefeuert wurde. – 17 Menschen, davon 14 Jugendliche, starben am 14. Februar 2018, als ein 19-jähriger ehemaliger Schüler an der Marjory-Stoneman-Douglas-Highschool in Parkland, Florida, um sich schoss.

Das sind nur die Fälle an US-Schulen seit Anfang Jahr. Jährlich sterben in den Vereinigten Staaten rund 30 000 Menschen durch Schusswaffen, also einer auf 10 000. Mehr als ein Drittel davon sind Tötungsdelikte (der Rest Selbsttötungen). Was den Waffenbesitz anbelangt, sind die USA unter den reichen Industrieländern auf Platz 1. Das liege an der Tradition des Waffentragens, überliefert seit Wildwestzeiten, heisst's. Das ist Unsinn. Zum einen ist zweifelhaft, ob der zweite Zusatz zur US-Verfassung tatsächlich jedem US-Bürger das Recht auf eine Waffe zugesteht. (Andere lesen das wegen dem Wort «Militia» eher als Beschreibung einer Volksarmee.) Zweitens sind die Waffen sehr ungleich verteilt: Mehr als die Hälfte der Feuerwaffen befindet sich in den Händen von lediglich 3 Prozent der Menschen.

Weil das Gewehr des Schweizer Wehrmanns im Besenkasten steht, liegt auch die Schweiz punkto Waffenbesitz ziemlich weit vorne. Die Zahl der Tötungen durch Schusswaffen ist ebenfalls vergleichsweise hoch; die Waffen sind aber besser verteilt, es wird seltener geschossen – und häufiger auf sich selber (88 Prozent der Tötungen sind Suizide gegenüber 62 Prozent in den USA).

Präsident Donald Trump hat jetzt aber mal eine gute Idee: Lehrkräfte bewaffnen. «Wenn es einen Lehrer gegeben hätte, der sich mit Feuerwaffen ausgekannt hätte – dies hätte gut dazu führen können, den Angriff schnell zu beenden», sagte er zum Amoklauf von Parkland. Wenn es nicht so unwahrscheinlich traurig wäre, wäre das sehr lustig. Waffen braucht es natürlich auch für Tramwagenführer, Kita-Leiterinnen, Angestellte bei der Kehrriichtabfuhr, für Sozialpädagoginnen und, man weiss ja nie, Friedhofsgärtner. Für Pflegefachfrauen sowieso, nur schon als Prophylaxe gegen die Sprengstoffgürtelrose.

Wobei: Warum eigentlich nur den Lehrer bewaffnen («Noah, sei still, oder es knallt!»)? Die Kinder von Ballerbü haben in der Schule bestimmt viel Spass. Heute schiesst Lisa mal die Siebnerreihe.



### SBB: Länger arbeiten für weniger Geld?

Die Neuverhandlung des GAV SBB/SBB Cargo hat begonnen. Die Forderungen des Unternehmens: Lohnsenkung, Erhöhung der Arbeitszeit und Vereinfachung von Kündigungen. Der SEV und die Personalverbände sehen das als Provokation: Die Unternehmensleitung lebe «in einem anderen Universum», wenn sie glaube, dass sich das Personal so behandeln lasse, sagte SEV-Vizepräsident Manuel Avallone. Gerade weil die SBB unter Druck stehen. Permanente Reorganisationen, Probleme mit der Funktionstüchtigkeit und überhöhte Spitzenlöhne schaffen ein Klima, in dem man es sich mit dem Personal nicht verscherzen sollte. | sev/slt (Foto: Kabelleger/Wikimedia)

### Bau: Kampf für guten Landesmantelvertrag

Der Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe (LMV) muss neu verhandelt werden. Die Unia warnt die Baumeister: Gegen tiefere Löhne für Ältere (aufgrund «sinkender Leistung») und längere Arbeitszeiten werde man sich zur Wehr setzen. Eine zentrale Frage ist der flexible Altersrücktritt (FAR), der die Pensionierung mit 60 ermöglicht. Die Arbeitgeber weisen auf Finanzierungsprobleme hin; dass sich die Unia gegen ein Rentenalter 62 und gegen Rentenkürzungen stemmt, ist klar. Zu Recht weist sie darauf hin, dass die Bautätigkeit im letzten Jahrzehnt um 30 Prozent gewachsen ist, während die Zahl der Bauarbeiter zurückging. Dieser Produktivitätszuwachs bietet Spielraum. Der LMV regelt die Arbeitsbedingungen von rund 100 000 Bauarbeitern. | slt

Permanente Reorganisation: SBB.

Permanente Abbauersuche: Arbeitsrecht.

### Fernbus: Fehlentscheid des BAV

Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat dem Fernbusunternehmen Domo eine Konzession für drei Inlandstrecken erteilt – für den SGB ist dieser Entscheid gefährlich und arrogant. Empörend ist zumal, dass hier die Verwaltung leichtfertig die Politik übersteuert: Für die Frühlingsession hatte der Nationalrat das Thema Fernbusse traktandiert. Das BAV behauptet, die Fernbusse stellen keine relevante Konkurrenz zur Bahn dar. Das mag für den Augenblick gelten. Aber das deutsche Beispiel Flixbus zeigt, wie rasch sich das ändern kann. Der SEV zweifelt, dass Domo tatsächlich branchenübliche Löhne und Arbeitsbedingungen bietet. So oder so ist diese Art von Konkurrenz zur SBB unerwünscht – mit Blick auf die öffentlichen Investitionen, die in der Schiene stecken, aber auch im Hinblick auf die Platzprobleme, die sich durch Fernbusunternehmen in den Innenstädten stellen. | slt/sgb

### SDA: Verhandlungen einstweilen gescheitert

Vier Verhandlungsrunden zwischen den Delegationen der SDA-Redaktion und des SDA-Verwaltungsrats haben kein Ergebnis gebracht: Die wichtigsten Forderungen der Redaktion blieben unerfüllt. Eine Mediation wird zwar auch von ihr angestrebt, doch hat sie keinen Sinn, wenn der Abbau derweil weitergeht. Der Verwaltungsrat will aber weder die Kündigungsfristen der bereits Entlassenen unterbrechen noch den Verzicht auf Kündigungen während der Schlichtung zugestehen. Die Redaktion besteht weiterhin auf einer Reduktion der Abbaumassnahmen und einem klaren Bekenntnis zum Service public. | slt

### Auch im Homeoffice gibt's Regeln

Nach den Angriffen der Ständeräte Graber und Keller-Sutter auf die Arbeitsbedingungen folgt nun der nächste Streich: Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat eine parlamentarische Initiative des Aargauer FDP-Nationalrats Thierry Burkart durchgewinkt. Diese will die Arbeitsbedingungen im Homeoffice brutal deregulieren: Künftig soll Arbeiten bis zu 17 Stunden am Stück zulässig sein. Pausen und Ruhezeiten wären abgeschafft, kurzfristige Nachtarbeit und bewilligungsfreie Sonntagsarbeit legal. Der SGB wird solche Wildwest-Verhältnisse bekämpfen. | sgb (Foto: inkje/photocase.de)

### Hände weg vom Recht auf Bildung

Der VPOD warnt: Wenn Schulen künftig auch Sans-Papiers-Kinder bei den Einwohnerbehörden melden müssen, wie das die nationalrätliche Sozial- und Gesundheitskommission SGK fordert, dann wird für die betroffenen Kinder faktisch das Recht auf Bildung ausgehebelt. Aus VPOD-Sicht dürfen die Empfehlungen der EDK von 1991 nicht untergraben werden: Das Recht und die Pflicht zum Besuch der Grundschule haben Vorrang vor allen ausländerrechtlichen Regelungen. Datenaustauschprojekte müssen da zurückstehen. | vpod



Eindeutiges Bekenntnis der Stimmbevölkerung zum medialen Service public: Fast 72 Prozent gegen «No Billag»

# Einmal tief durchatmen

Das Stimmvolk hat zum Glück rechtzeitig gemerkt, dass die «No Billag»-Initiative eine gefährliche Bieridee war. Die 71,6 Prozent Nein-Stimmen und die Ablehnung in sämtlichen Kantonen sind erfreulich. Das Resultat schafft einen Moment zum Verschnaufen, aber die nächsten Attacken sind in der Pipeline. | Text: VPOD (Foto: Blackregis/iStockphoto)

Der Abstimmungskampf erinnerte an frühere: So gab es seinerzeit auch bei der sogenannten Durchsetzungsinitiative zum Ende hin einen vielstimmigen Aufstand der Zivilgesellschaft gegen eine Zumutung (damals: ein Spezialstrafrecht für Menschen ohne Schweizer Pass). Auch jetzt wieder kamen zahlreiche Wortmeldungen – und kluge und witzige Filmbeiträge – zusammen: gegen das Ansinnen, einen zentralen Teil des Service public und der Demokratie kaputtzuschlagen.

## Wenige hätten profitiert

Das hat gewirkt. Eine sehr grosse Mehrheit der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hat gemerkt, dass von einer Abschaffung der SRG nur wenige profitieren, nämlich die reichen Rechten wie Blocher und die ausländischen Fernsehstationen. Und dass ohne allgemeine Finanzierung weder ein «Echo der Zeit» noch eine «Tagesschau», aber halt eben auch kein «Samschtig-Jass» produziert würde. Im Abstimmungskampf wurde auch ersichtlich, welche bedeutende Rolle die SRG nicht nur für den nationalen Zusammenhalt, sondern auch für Minderheiten (wie Hör- und Sehbehinderte) spielt. Und für die Kultur. Und für den Sport.

Leider schafft das Nein zu «No Billag» nicht mehr als eine Atempause, weil die nächsten Angriffe von rechts und ganz rechts schon in der Pipeline sind: Es geht gegen die Freiheit

SRG gerettet:  
Der Spass kann  
weitergehen.



der Bekleidung, gegen die Menschenrechte, gegen die Personenfreizügigkeit ... und auch, schon wieder, gegen die SRG.

## Verrücktes Wochenende

Vorerst ist aber, mit dem SGB und dem SSM, neben der Freude über die Rettung von 13 000 Arbeitsplätzen das klare Bekenntnis der Bevölkerung zum Service public bei den Medien hervorzuheben. «Medienpolitisch muss es in Richtung Qualitätssicherung und -ausbau gehen. Vorstösse für eine weitergehende Reduktion der Gebühren und eine programmatische Beschneidung der SRG sind zurück-

zuweisen», schreibt der SGB. In der Tat: In Anbetracht der grossen Zustimmung zum öffentlichen Rundfunk und im Angesicht von Gebühren, die für schwach verdienende Einzelpersonenhaushalte pro Kopf doch sehr hoch sind, müsste das Nachdenken eher in Richtung steuerlicher Finanzierung mindestens eines Sockelbetrags gehen.

Die Urnengänge des ersten März-Wochenendes brachten auch sonst allerhand Erfreuliches. Am verrücktesten ist das Ja zu einer Juso-Initiative ausgerechnet im Kanton Schwyz, wo die Parteien jetzt die Wahl- und Abstimmungsfinanzen offenlegen müssen.



## Lohnungleichheit: Der Ständerat brüskiert die Frauen

Empörend: Der Ständerat will keine verpflichtenden Massnahmen zur Durchsetzung der Bundesverfassung. Sein Beschluss zur Lohnungleichheit brüskiert die Frauen in der Schweiz. Ihr Anliegen soll wieder auf die lange Bank geschoben werden; einmal mehr ist von «Freiwilligkeit» die Rede – die zur Genüge ausprobiert wurde und gescheitert ist. Dass der Ständerat jegliche Pflicht zur Bekämpfung der Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau ablehnt, ist daher ein

Skandal. Und verlogen zugleich. Denn der Beschluss hat offenkundig nur ein Ziel: Konkrete Massnahmen sollen verhindert oder möglichst weit in die Zukunft verschoben werden. So nicht! Nicht mit den Gewerkschafterinnen! Sie haben sich am 8. März, dem internationalen Frauentag (nach Redaktionsschluss), deutlich zu Wort gemeldet. Der 1. Mai steht dieses Jahr ebenfalls im Zeichen der Gleichstellung: «Lohnungleichheit. Punkt. Schluss.» | vpod/sgb (Foto: SGB)

Ein Frontalangriff auf Schweizer Löhne und Schweizer Arbeitsplätze

# Die SVP lässt die Maske fallen

Mit ihrer Forderung, die Personenfreizügigkeit und die flankierenden Massnahmen abzuschaffen, hat die SVP endgültig klargemacht, wessen Interessen sie vertritt: jene der allergrössten Ausbeuter.

| Text: SGB und VPOD (Foto: LP12Inch/photocase.de)



Die Fasnacht ist vorbei; die SVP zeigt ihr wahres Gesicht.

Die flankierenden Massnahmen wurden eingeführt, damit in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden. Pro Jahr werden mittlerweile über 160 000 Lohnkontrollen gemacht. Auch in VPOD-Branchen werden die tripartiten Kommissionen übrigens zunehmend aktiv. Wo kontrolliert wird, wird Missbrauch aufgedeckt. In Branchen mit Mindestlöhnen erhalten Firmen mit zu tiefen Löhnen eine Busse oder werden gesperrt. Dank neuen GAV etwa in der Reinigung sind wesentlich mehr Arbeitnehmende vor Dumping geschützt. Und dank den GAV sind die tiefen und mittleren Löhne gestiegen.

## Wer profitiert von GAV?

Just diese GAV werden nun zum Ziel für die Attacke von rechts: Die SVP bezeichnet die Zunahme der Gesamtarbeitsverträge als Beweis für den Bedeutungsgewinn der Gewerkschaften. Sie unterschlägt dabei, dass der Abschluss eines GAV zwei Parteien benötigt und das Resultat von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern ist. Auch von Arbeitgeberseite wird die Darstellung der SVP entschieden kritisiert: «Wenn man die Wirtschaft verteidigen will, greift man nicht die Sozialpartnerschaft an!», schreibt etwa das Westschweizer Centre Patronal. Auch ist es natürlich Unsinn, die Gewerkschaften für die verstärkte Zuwanderung in die Schweiz verantwortlich machen zu wollen. Arbeitskräfte kommen in die Schweiz, weil sie von Schweizer Firmen angeworben werden. Natürlich wehrt sich speziell die Unia gegen die von der SVP behaupteten Zusammenhänge von GAV und Gewerkschaftsfinanzie-

rung. Bekanntlich fliessen für den Vollzug von GAV namhafte Summen zur Unia (der VPOD ist nur an wenigen grösseren GAV beteiligt). Die Rechnungen der paritätischen Kommissionen würden aber Jahr für Jahr den Aufsichtsbehörden abgegeben, heisst es. Bei der Unia landeten auf gesamtschweizerischer Ebene lediglich 8 Millionen Franken, die für Vollzugstätigkeiten eingesetzt würden, und zwar für 870 000 Vertragsunterstellte. «Die Gewerkschaft Unia gibt viel mehr Geld für den Vollzug von GAV aus, als sie dafür an Entschädigungen erhält», so die Unia.

## Früher war's schlimmer

Der SGB hält fest, dass eine Rückkehr zu Zuständen, wie sie vor der Personenfreizügigkeit herrschten, nur Verlierer generiert: «Mit der Personenfreizügigkeit wurde das unmenschliche Saisoniers-Statut abgeschafft, welches nicht nur für die Betroffenen ein grosses Problem war.» Dieses System hat nachweisbar zu Lohndumping in der gesamten Wirtschaft geführt und zu einer unkontrollierten Tieflohn- und Tiefproduktivitätspolitik. Dank den Flankierenden werden heute beispielsweise endlich auch Landwirtschaftsbetriebe kontrolliert, die unter dem unmenschlichen Kontingentsystem viele Saisoniers schwarz und zu teilweise miserablen Arbeitsbedingungen angestellt hatten.

Die Personenfreizügigkeit gibt den ausländischen Arbeitskräften in der Schweiz mehr Sicherheit. Sie sind der Willkür ihres Arbeitgebers weniger ausgeliefert als unter dem Kontingentsystem und können sich besser gegen Ausbeutung wehren. Umgekehrt können auch Schweizerinnen und Schweizer einfacher in der EU arbeiten, und die Schweizer Exportfirmen haben einen besseren Zugang zum wichtigen Absatzmarkt EU. Das sichert Löhne und Arbeitsplätze. «Wer dies alles aufs Spiel setzt, verursacht Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Das nützt nur den Lohndrückern und Ausbeutern unter den Arbeitgebern», betont SGB-Chefökonom Daniel Lampart.

Die Maske ist gefallen: Die SVP fordert die Abschaffung der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen. Gleichzeitig attackiert sie die Gewerkschaften: Sie seien es, die von den offenen Grenzen profitierten. Angeführt von Magdalena Martullo-Blocher, geht die SVP mit ihrer jüngsten sogenannten Begrenzungsinitiative jetzt offensichtlich aufs Ganze: Sie greift den Lohn- und Arbeitnehmerschutz frontal an. Die Auswirkungen für die Beschäftigten in der Schweiz wären verheerend. Lohndruck, prekäre Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen sowie der Verlust von Arbeitsplätzen wären die Folge.

Zum Tod des ehemaligen Zürcher Erziehungsdirektors Alfred Gilgen

# Unser bester Feind

**Alfred Gilgen, als Regierungsrat von 1971 bis 1995 Chef der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich, ist im Alter von 87 Jahren verstorben. Gilgen jagte in den 1970ern «Staatsfeinde», später kam es durchaus auch zu konstruktiver Zusammenarbeit mit dem VPOD.** | Text: Catherine Aubert Barry\* (Foto: Keystone)

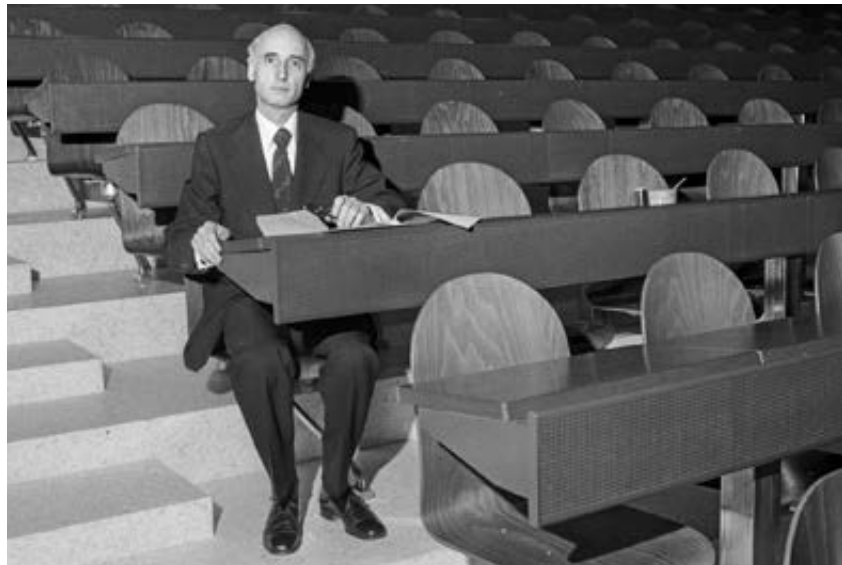
Das Mitmachen an einem von Gilgen als «obszön» empfundenen Strassentheater reichte, um den fachlich ausgewiesenen Psychiater B. R. als Universitätsdozenten als «unwürdig» abzulehnen. Die Teilnahme an einer Demonstration vor dem Spanischen Konsulat zu einem Zeitpunkt, als in Spanien noch die Franco-Diktatur an der Macht war (1975), genügte, um J. J., der von seiner Mittelschule zur Wahl vorgeschlagen worden war, nicht mehr unterrichten zu lassen. Für ihn kam die Entlassung einem Berufsverbot gleich.

## Ein Zufall konnte entscheiden

Wir, die politisierte 68er-Generation, die in den 70er Jahren mit Unterrichten begann, hatten demonstriert, uns an Dingen beteiligt und politische Träume gehegt, die ohne Weiteres als «staatsfeindlich» bezeichnet werden konnten. Dienstverweigerung gehörte für den Militärkopf Gilgen, Generalstabsoberst, zum Allerschlimmsten (letzter Fall: 1992!). Tatsächlich war es oft der Zufall (bei J. J.: eine Filmaufnahme), der über die (Weiter-)Beschäftigung entschied, oder das Nichtbestehen einer inquisitorischen Befragung. Ich persönlich erinnere mich gut, dass ich latent noch lange mit der Möglichkeit rechnete, entlassen zu werden; eine Vorstellung, die wohl unangenehm, aber für mich nicht existenziell bedrohlich war, bei Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung.

Der Fall J. J. mobilisierte, und in jenen Jahren wuchs die VPOD-Sektion Lehrberufe exponentiell. Ich würde jedoch nie sagen, dass wir den damaligen Zuwachs der willkürlichen, repressiven Politik Gilgens verdanken. Es waren einfach die 68er, die sich beim Einstieg in den Lehrberuf auf allen Stufen (Kindergarten bis Universität) gewerkschaftlich organisierten. Natürlich gab uns die Gewerkschaft mit ihrem guten Rechtsschutz Sicherheit. Sie war aber vor allem der Freiraum der Repräsentanten aller Schulstufen für gesellschaftspolitische und pädagogische Diskussionen,

*Einst einsamer,  
aber mächtiger  
Linken-jäger,  
später konstruktiver  
Verhandler:  
Alfred Gilgen  
(1930–2018).*



die sich damals noch nicht wirklich an der Realität reiben mussten und einen kleinen utopischen Anstrich behalten konnten.

## Der VPOD wird salonfähig

Mit dem zunehmenden Alter und dem praktischen Erfahrungsschatz des realen Schulalltags reichten uns programmatische Protestcommuniqués oder Flugblattaktionen an den Schulkapiteln nicht mehr. Und nach viel Einsatz – Briefen, Vorstössen, Einsprachen – wurde der VPOD Lehrberufe Mitte der 80er Jahre von der Erziehungsdirektion endlich als Gesprächspartner anerkannt, von da an in Vernehmlassungen einbezogen und quasi salonfähig.

Bis in die 1980er Jahre wurden noch Reformen durchgeführt, die etwas kosten durften (z. B. die Umschulung der Primarlehrkräfte bei der Einführung des Frühfranzösischen). Von den 1990er Jahren an verkamen sie zu getarnten Sparaktionen (z. B. die Verkürzung der Mittelschule). Wichtige Schritte in Richtung Chancengleichheit stellen die gegliederte Sekundarstufe, die interkulturelle Pädagogik und der neue Lehrplan dar. Die Gespräche mit Kollegen, die bei solchen Reformvorhaben mit Gilgen zu tun hatten, waren aufschlussreich:

Es war absolut wichtig, dem Erziehungsdirektor mit Selbstbewusstsein und auf Augenhöhe zu begegnen und das Vorhaben gut begründen zu können. Er war ein akribischer Leser. Sein hartes Image kultivierend, stellte er präzise kritische Fragen, und wenn die Antworten ihn befriedigten, sagte er dann zum Schluss: «Gut, das machen wir», aber ohne es an die grosse Glocke zu hängen, pragmatisch, schrittweise. Und so waren wir vom VPOD dann oft inhaltlich auf der gleichen Seite wie er. In Bezug auf eine Arbeitszeitverkürzung jedoch blieb er trotz Massenmobilisierung aller Lehrerorganisationen ablehnend.

## Ohne Berührungsängste

Sein träfer Humor war bekannt. «Ihr seid so gute Lehrer, dass ihr auch mit grösseren Klassenbeständen gut unterrichten könnt», sagt er an der Synode 1993. Er sagte ohnehin, was er dachte, war von der Institution Schule vollends überzeugt und hatte keine Berührungsängste gegenüber den «einfachen Leuten». Schliesslich hatte er selbst es als Trämlersohn auch dank Bildung zu etwas gebracht.

\* Catherine Aubert Barry ist seit 1975 im VPOD Zürich Lehrberufe aktiv; von 1984 bis 1988 war sie Sektionspräsidentin.



AHV: Bundesrat will Mehrwertsteuer deutlich erhöhen; BVG: Rekordhohe Performance gehört den Arbeitnehmenden

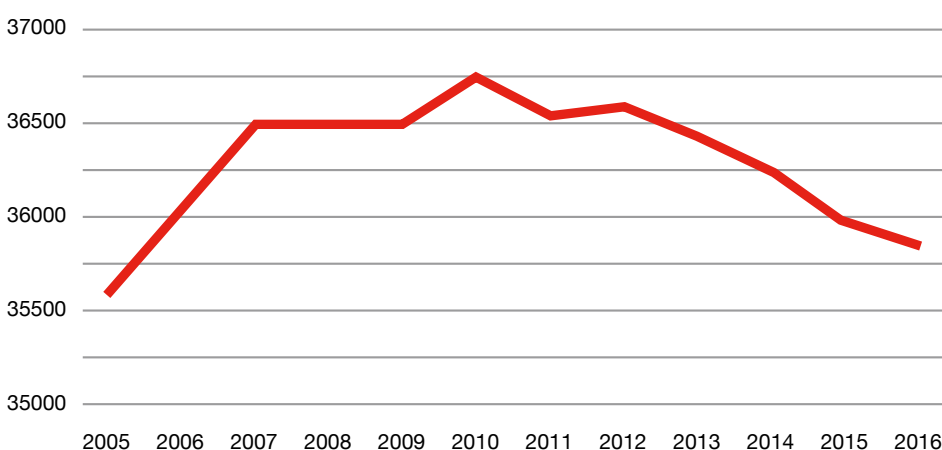
# Renditen steigen, Renten sinken

Die Pensionskassenrenten sinken. Trotz rekordverdächtigen Renditen 2017. Der Bundesrat will einstweilen nur von der AHV reden und schlägt eine deutliche Erhöhung der Mehrwertsteuer vor. Immerhin eine substantielle Zusatzfinanzierung, die etwas Luft verschaffen würde. | Text: SGB/VPOD/PK-Netz

Die Pensionskassen haben 2017 durchschnittlich gegen 8 Prozent Rendite erwirtschaftet. Seit Jahren reden die Pensionskassenberaterinnen und -berater davon, dass ihre Kassen angeblich kein Geld mehr verdienen. Die Realität sieht anders aus: Allein 2017 wurden auf dem Anlagevermögen der beruflichen Vorsorge über 60 Milliarden Franken verdient. Über die letzten 6 Jahre lag die Performance im Durchschnitt bei rund 5,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum wurden die Umwandlungssätze um rund 13,8 Prozent gesenkt – und sie sollen offenbar noch weiter sinken.

Eine grosse Mehrheit der Pensionskassen steht heute auf solider Grundlage. Hier ist eine bessere Verzinsung des Alterskapitals der Arbeitnehmenden nicht nur fachlich vertretbar, sondern überfällig. Denn in den letzten Jahren sind auch die Wertschwankungsreserven ausgebaut worden. Gleichzeitig haben die Kassen ihre Verpflichtungen gegenüber den Rentnerinnen und Rentnern heruntergefahren, indem sie die Verzinsung des Rentnerkapitals – den sogenannten technischen Zinssatz – deutlich gesenkt haben, bis auf durchschnittlich 2,19 Prozent im Jahr 2016. Beratungsunternehmen wollten aber mehr – beziehungsweise weniger: Ihre Experten sprachen von

Durchschnittsrenten der Männer aus der 2. Säule (in Franken pro Jahr)



Quelle: BFS, Berechnungen SGB

1,5 Prozent für 2019. Das PK-Netz hat von Anfang an dazu geraten, solchen Alarmismus nicht allzu ernst zu nehmen. Jetzt bestätigt sich, dass die teilweise heftigen Rentensenkungen übertrieben waren.

## Ein wenig Spielraum

Inzwischen ist – nach dem Arbeitgeberverband (siehe Kommentar) – auch der Bundesrat mit einem neuen Vorschlag zur Altersvorsorge an die Öffentlichkeit getreten, der allerdings nur die AHV betrifft. Die Erhöhung der Mehr-

wertsteuer gäbe dort etwas Spielraum, wobei der SGB eine Erhöhung der Lohnbeiträge vorzöge. Eine Anhebung des Frauenrentenalters lehnen die Gewerkschaften weiterhin ab. Für den SGB ist klar: Die heutigen Probleme der Altersvorsorge, die auch mit steigenden Gesundheitskosten zu tun haben, können nur mit einer Erhöhung der AHV-Renten gelöst werden. Für die zweite Säule ist einstweilen kein Plan in Sicht – während die (Männer-) Renten dort zum ersten Mal seit Einführung des BVG-Obligatoriums 1985 sinken.

## Nicht nachhaltig

Kommentar von Christoph Schlatter

Pressekonferenz des Arbeitgeberverbands: «Reform Altersvorsorge – Renten nachhaltig sichern.» Was wollen die Herren da vorn, von rechts nach rechts Martin Kaiser, Valentin Vogt und Roland A. Müller? Sie wollen rasch eine neue Vorlage zur AHV allein. Am besten dünkt sie's, wenn das Paket lediglich aus zwei Elementen bestünde: 0,6 zusätzliche Mehrwertsteuerprozentpunkte. Plus Erhöhung des Frauenrentenalters um 1 Jahr. Das sowieso. 300 Millionen Franken könne man zur Abfederung zur Verfügung stellen, sagen die Arbeitgeber. Reicht das, um die Vorlage beim Volk durchzu-

bringen? Der Arbeitgeberverband räumt zugleich ein, dass seine Massnahmen das System lediglich bis etwa 2025 im Gleichgewicht halten. Gschpässig, dass man jetzt so kurzatmig agieren will. Die «Altersvorsorge 2020», die bis mindestens 2030 gereicht hätte, wurde wegen angeblich fehlender Nachhaltigkeit bekämpft.

Für die Zeit danach bleiben die Arbeitgeber im Ungefähren. Ebenso punkto zweite Säule, wo es am ärgsten brennt. Wir Gewerkschaften halten einstweilen am tieferen Frauenrentenalter fest. In moderner deutscher Sprache: Wir

wollen für dieses Pfand in unserer Hand mehr als einen schäbigen Trostpreis. Und Rentenalter 67 für alle? Der Arbeitgeberverband betont, dass bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung «eine Erhöhung des Rentenalters mittelfristig für unumgänglich» hält. An dieser Stelle eine kleine Wahrsagung: Auch in 10 oder 20 Jahren wird die mittelfristige Erhöhung eine Mehrheit bekommen. Aber die kurzfristige weiterhin nicht. Von wegen nachhaltig: In Umfragen dieser Art bedeutet «mittelfristig» auf Deutsch nämlich nichts anderes als «sofern es mich nicht mehr betrifft.»



Eine Umfrage zeigt die anhaltende Benachteiligung von Schwulen, Lesben und Transgender in der Arbeitswelt

# Mission «Diversität»

**Die Situation sexueller und geschlechtlicher Minderheiten hat sich zwar gebessert. Eine vom SGB mitunterstützte Studie zeigt allerdings, dass die Diskriminierung nicht ausgestorben ist. Speziell Transsexuelle sind betroffen.**

| Text: Reto Wyss (SGB) und Christoph Schlatter (Foto: natasaadzic/iStock)

«Travailler la diversité» heisst die Studie, die mit Unterstützung des SGB von der Fédération Genevoise des Associations LGBT vorgelegt worden ist. Das Kürzel LGBT bezeichnet gleichgeschlechtlich und flexibel Liebende, aber auch die Minderheit jener, die sich nicht in den herkömmlichen zwei Geschlechtsidentitäten aufgehoben fühlen oder die diese gewechselt haben. Diese letztgenannte Gruppe ist denn auch von Diskriminierung am Arbeitsplatz besonders betroffen. Auch eine Umfrage des «Transgender Network Switzerland» belegt das.

## Kündigung nach Comingout

Dieser Untersuchung zufolge geht es dabei nicht nur um Diskriminierung im feinstofflich-zwischenmenschlichen Bereich, sondern durchaus auch um sehr konkrete materielle oder gar existenzielle Fragen. So liegt die Arbeitslosenquote unter Transgender gemäss Erhebung bei 20 Prozent, ist also viermal so hoch wie der Schnitt; länger ist auch die Dauer der Arbeitslosigkeit, die oft gegen 2 Jahre anhält. In 31 Prozent der Fälle war die Transidentität offener Kündigungsgrund. 16 Prozent der Unternehmen gaben an, keine Transgender einstellen zu wollen – befürchtet werden Komplikationen im Team und in der Zusammenarbeit mit der Kundschaft.

Ein Drittel der Transpersonen erscheint im beruflichen Umfeld nicht im selbstgewählten, sondern im bei Geburt zugewiesenen Geschlecht. Ein Comingout am Arbeitsplatz ist eine schwierige Sache; in einem Viertel der Fälle steht am Ende die Kündigung. Das bedeutet immerhin auch, dass drei Viertel der Betroffenen den Identitätswechsel im Betrieb «überlebt» haben; es wird denn auch durchaus über positive Erfahrungen berichtet. Interessanterweise wird die Unterstützung durch Vorgesetzte ausgeprägter erlebt als der Support aus dem Kollegenkreis. Die Stellensuche ist zusätzlich erschwert, wenn der gelebte Name nicht mit Ausweisen und Zeugnissen übereinstimmt.

Auch Lesben, Schwule und Bisexuelle, deren gesellschaftliche Anerkennung in Westeuropa sich in den letzten zwei Jahrzehnten markant verbessert hat, stossen in der Arbeitswelt weiterhin auf Vorbehalte. Dies geht aus der Genfer Studie deutlich hervor. Denn das Private ist nicht nur politisch, sondern häufig auch betriebsrelevant. Nach wie vor erleben Homo- und Bisexuelle auch direkte Diskriminierung. Die Schilderung, dass zuvor nicht beanstandete Arbeit nach dem Comingout plötzlich als ungenügend eingestuft wird, ist häufig. Die Art und Weise der Herabsetzung nimmt dabei nach Geschlecht und Konstellation unterschiedliche Formen an. Gleichgeschlechtlich liebende Frauen begegnen noch immer dem «Die müsste nur mal einer tüchtig rannehmen»-Klischee. Auf Bisexuellen lastet geringerer Druck, sich zu erkennen zu geben, was dazu führt, dass sie häufiger als Schwule und Lesben am Arbeitsplatz überhaupt unsichtbar sind.

## Nur Rang 26

Die Studie definiert in einem zweiten Teil Richtlinien zur Umsetzung einer «Diversitätsstrategie» auf der Ebene der einzelnen Unternehmen. Diese soll insbesondere kleinen und mittelgrossen Firmen helfen, Homo-, Bi- und Transphobie vorzubeugen und eine gelebte Kultur des Respekts und der Gleichheit zu etablieren.

Auch auf Gesetzesebene bleibt vieles zu tun. Im jährlich von der Ilga, dem internationalen Dachverband, erstellten Ranking «Rainbow Europe» zur rechtlichen und gesellschaftlichen Situation von LGBT-Menschen liegt die Schweiz 2017 lediglich auf dem 26. Rang und damit weit hinter ihren Nachbarländern



*Transsexuelle Menschen sind von Diskriminierung in der Arbeitswelt besonders stark betroffen.*

Frankreich und Deutschland. Auch wenn diese Rangliste offenkundig nur einen Teil der Lebensrealitäten abbildet – ein gewichtiger Grund für die schlechte Platzierung der Schweiz ist offensichtlich: Das Recht auf eine vollgültige Eheschliessung fehlt – und damit verbundene Rechte (zum Beispiel in der Altersvorsorge) bleiben mithin heterosexuellen Paaren vorbehalten.

Das Parlament hat sich allerdings bewegt und einen entsprechenden Vorstoss überwiesen. Der Ball liegt schon länger bei der Bundesverwaltung, die sich noch bis Sommer 2019 Zeit ausbedungen hat. Die Erwartungen wachsen entsprechend.



*Kaum noch Luft: Spital Freiburg.*

*Auf der Strasse: Entsorgung in Zürich.*



eine Folge der Umwandlung der ehemals kantonalen Behinderteneinrichtung in eine Stiftung. Trotz angestrebter Kostenneutralität gibt es aus Gewerkschaftssicht erfreuliche Punkte: einen Monat Vaterschaftsurlaub, einen erweiterten Kündigungsschutz ab 50 sowie 2 Tage mehr Ferien pro Jahr. | *vpod*

### Schaffhausen: Verkehrsbetriebe geeint

In Schaffhausen sind die städtischen (VBSh) mit den regionalen Verkehrsbetrieben (RVSh) in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zusammengeführt worden. Einigkeit in grundsätzlichen Fragen bestand zwischen Stadtrat und VPOD schon geraume Zeit; die grösste Knacknuss war der Übergangsmodus für das regionale Personal. | *vpod*

### Freiburg: Angespannte Lage am HFR

Das Freiburger Spital HFR ist ein Beispiel dafür, dass die aktuelle Spitalfinanzierung untauglich ist. Obwohl das Personal bereits seit Langem am Anschlag ist, weil Krankheitsabwesenheiten und Abgänge nicht kompensiert werden, sollen weitere Sparmassnahmen folgen. «So geht es nicht mehr weiter», sagt der VPOD. Die Direktion möchte derweil auch die Verweildauer der Patientinnen und Patienten verkürzen, was einen Abbau von Betten, aber keinen Rückgang der Arbeitslast bedeutet. Zudem spricht sie von einer Optimierung der Fakturierung, allerdings ohne «Überfakturierung». Der Seiltanz offenbart das ganze Dilemma der Fallpauschalen, welche Ressourcen zu Codierern statt ans Krankenbett lenken. | *slt (Foto: Quadrien/Wikimedia)*

### Winterthur: Schluss jetzt!

Der Rechnungsabschluss der Stadt Winterthur ist positiv. Das Plus von 56,5 Millionen muss aus Sicht des VPOD zu einem Ende der Abbaumassnahmen beim Personal führen. Den städtischen Angestellten wurden über Jahre hinweg Lohnmassnahmen gestrichen. Nichtsdestotrotz hat Winterthur seit 2012 immer Überschüsse geschrieben. Das eben verabschiedete Personalstatut spart unnötigerweise weitere 1,5 Millionen Franken auf dem Buckel des Personals, und die bürgerliche Ratshälfte möchte am liebsten auch die Probleme der Pensionskasse den Versicherten allein aufbürden. Damit muss Schluss sein. Jetzt braucht es Lohnmassnahmen für 2019, eine faire Sanierung der Pensionskasse und ein sofortiges Ende des Abbaus. | *vpod*

### Bundpersonal erteilt schlechte Noten

Das Bundespersonal ist gemäss Personalbefragung 2017 von seinen Arbeitsbedingungen gar nicht angetan. Speziell mit der Lohnsituation ist man weniger zufrieden als vor 3 Jahren. Tiefe Werte gibt es auch bei der Beurteilung der Vereinbarkeit. Ebenfalls wenig optimistisch sehen die Mitarbeitenden ihre beruflichen Perspektiven. Hier schlägt sich der permanente Druck aus der Politik nieder; Sparmassnahmen und Reorganisationen haben das Personal nachhaltig verunsichert. Der Bund als Arbeitgeber tut gut daran, hier rasch zu korrigieren, sagt die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal. | *vgb*

### GAV bei den Heimstätten Wil

Mit der Stiftung Heimstätten Wil hat der VPOD einen neuen GAV abgeschlossen, der rückwirkend auf den 1. Januar 2018 in Kraft tritt –

### Rolf Bossard AG: Stadt Zürich in der Pflicht

Der Vorgang war von Anfang an fragwürdig: Die damals vor dem Konkurs stehende Entsorgungsfirma Rolf Bossard AG wurde 2005 von der Stadt Zürich erworben – und blieb dann in dauerhaftem Besitz der Stadt. Trotzdem liess man es zu, dass bei der Rolf Bossard AG, die beispielsweise das Zürcher Altpapier einsammelt, schlechtere Arbeitsbedingungen gelten als bei der städtischen Abteilung ERZ. Jetzt sind, spätestens per Ende 2018, sämtliche Verträge zwischen der Stadt und der AG gekündigt worden; es kam bereits zu 9 Entlassungen. Der VPOD sieht die Stadt Zürich in der Verantwortung: Sie muss die Mitarbeitenden der Rolf Bossard AG mitsamt ihren Tätigkeiten übernehmen. | *vpod (Foto: axelbueckert/iStock)*

### Zürich und Bern: Lehrpläne nicht vors Volk

In Bern (76,7 Prozent Nein) und in Zürich (76,4 Prozent Nein) hat das Volk Initiativen bachab geschickt, die Lehrpläne – konkret: den «Lehrplan 21» – der Volksabstimmung unterwerfen wollten. Der VPOD Bern ist erleichtert: Lehrpläne sind pädagogische Instrumente, die von Fachleuten erarbeitet werden. Sie eignen sich nicht für den Abstimmungskampf; «mehr Demokratie» war ein Scheinargument. | *vpod*

Geschlechterdialog: Natascha Wey und Christoph Schlatter unterhalten sich über «Me too»

# Sex, Macht und Verunsicherung

«Me too» ohne Ende. Weinstein, Wedel, Buttet bis zum Abwinken. Ist jetzt der Endkampf der Geschlechter ausgebrochen? Können Männer und Frauen überhaupt noch miteinander reden? Natascha Wey und Christoph Schlatter haben es per Mail ausprobiert. Hier das Resultat. | Illustrationen: Cornelia Diethelm (Porträts: Mischa Scherrer)



Christoph Schlatter (51)  
ist VPOD-Zentralsekretär und  
Redaktor des VPOD-Magazins.

Natascha Wey (35)  
ist VPOD-Zentralsekretärin und  
Präsidentin der SP-Frauen\*.

**Von:** Christoph Schlatter – **Gesendet:** 08.02.2018  
09:59 – **An:** Natascha Wey

Der Nationalrat ist nicht Hollywood. Trotzdem beklagen sich auch Nationalrätinnen über sexuelle Belästigung durch männliche Kollegen. Sind wir da noch im richtigen Film, Natascha? Kann man nicht von einer Politikerin erwarten, dass sie sich zu wehren weiss und eine unerwünschte Hand rückstandsfrei von ihrem Knie entfernt?

**Von:** Natascha Wey –  
**Gesendet:** 08.02.2018  
10:42 – **An:** Christoph Schlatter

Wenn ich mir die Politik des Nationalrats anschau, dann denke ich vor allem, wir sind in einem wahnsinnig schlechten Film... Aber zum Thema: Die Frage ist falsch gestellt. Wieso müssen Frauen sich erst wehren, um ihre Grenzen aufzuzeigen? Ich hätte die des Übergriffs bezichtigten männlichen Nationalräte für intelligenter gehalten. Merken die nicht, wann welches Verhalten angebracht ist? Zudem: Es haben sich ja Frauen öffentlich gewehrt. Die Reaktionen folgten prompt: Festnudeln mit



aufreizender Kleidung hätten sich nicht über Übergriffe zu beklagen, hiess es. Allerdings wird die Debatte unvollständig geführt.

**Von:** Christoph Schlatter – **Gesendet:** 08.02.2018  
10:44 – **An:** Natascha Wey  
Unvollständig? Was meinst du damit?

**Von:** Natascha Wey – **Gesendet:**  
08.02.2018 11.30 – **An:** Christoph Schlatter

Sexuelle Belästigung lässt sich gut skandalisieren und personalisieren, Medien wollen Einzelfälle, in denen es ein Täter-Opfer-Schema mit klaren Erzähllinien gibt. Dass solche Vorfälle transparent gemacht werden, halte ich für wichtig. Oft wird dabei jedoch Sex mit Sexismus verwechselt. Natürlich gibt es Sexismus in der

Politik, dieser manifestiert sich jedoch nicht nur in Form von betrunkenen und sexuell enthemmten Nationalräten. Die weiterführende Frage – über die man sich weit weniger empört, weil die Berichterstat-





tung darüber auch weniger sexy ist – lautet doch: Inwiefern werden Frauen in einem sexistischen Klima politisch ernstgenommen? Können sie ihre Anliegen durchsetzen? Werden ihre Themen aufgegriffen?

**Von:** Christoph Schlatter – **Gesendet:** 08.02.2018  
13:46 – **An:** Natascha Wey

Aber wir sprechen jetzt ja nicht von ohnmächtigen und abhängigen Frauen. Wir sprechen von gestandenen Politikerinnen, die sich in Parteiversammlungen und in Wahlen durchzusetzen wussten. Trotzdem erscheinen sie hier in der Rolle des Opfers. Daniele Giglioli spricht sogar von einer Opferfalle: «Der Opferstatus vermittelt Prestige, diszipliniert die Aufmerksamkeit, schafft Anerkennung, befreit von Widersprüchen. Das Opfer handelt nicht, es erleidet nur und trägt keine Verantwortung: Es ist unschuldig per definitionem.»

**Von:** Natascha Wey – **Gesendet:** 12.02.2018  
08:37 – **An:** Christoph Schlatter

Ich sehe diese Opferfalle punkto sexuelle Belästigung einfach nicht. Eine Frau, die eine Belästigung benennt, einen Übergriff anzeigt und sich damit wehrt, ist ja das Gegenteil eines Opfers. Sie ist ein handelndes Subjekt, sie steht auf gegen Unrecht. Zudem zweifle ich, dass «als Opfer dastehen» eine attraktive Position ist. Es wird einem ja erst einmal nicht geglaubt. Wenn Frauen keine Namen nennen, sind sie feige, wenn sie Namen nennen, stellen sie unschuldige Männer an den Pranger. Was aber in der Debatte zu kurz kommt, sind die rechtlichen Grundlagen. Es gibt ein Gleichstellungsgesetz, das als Basis dienen sollte, für Medien – aber auch für Gerichte. Letzteres geschieht noch viel zu wenig, das zeigt eine diesen Sommer veröffentlichte Studie des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung. Die Richterinnen und Richter haben schlicht zu wenig Wissen über das Gesetz und wenden es zu wenig an.

**Von:** Christoph Schlatter – **Gesendet:** 12.02.2018  
14:26 – **An:** Natascha Wey

Das Gleichstellungsgesetz ist doch auch eher vage: «Diskriminierend ist jedes belästigende Verhalten sexueller Natur oder ein anderes Verhalten aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, das die Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz beeinträchtigt», heisst es darin. Mal abgesehen davon, dass der Kapitalismus ohnehin dazu tendiert, die Würde von Menschen am Arbeitsplatz zu

beeinträchtigen: Sind hier nicht zwei Dinge zusammengeworfen, die wir eigentlich unterscheiden sollten? Einerseits geht es um die Herabsetzung aufgrund des Geschlechts, andererseits um das Problem unerwünschter Annäherung.

**Von:** Natascha Wey – **Gesendet:** 12.02.2018  
15:21 – **An:** Christoph Schlatter

Wieso möchtest du das unterscheiden? Es wird manchmal auch ein Theater gemacht um Dinge, die sehr klar sind: Wenn du mir gegenüber am Arbeitsplatz permanent anzügliche Bemerkungen machen, mich ständig auf mein Äusseres reduzieren würdest, vielleicht mir gegenüber sogar noch in einer Machtposition wärst und das ausnutzen würdest zu deinem Vorteil oder für ein Entgegenkommen sexueller Art, dann sehe ich keine Grauzone. Im Ratgeber gegen sexuelle Belästigung des Bundes steht ja drin, man solle sich wehren, und es werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie das gehen kann. Rechtliche Schritte sind da erst ganz am Schluss aufgeführt. Dieses Bild «Horden von Frauen bezichtigen an ihren Arbeitsplätzen unschuldige Männer» ist doch einfach falsch.

Wenn Frauen dann mal klagen, so sind 80 Prozent der Arbeitsverhältnisse nach Ablauf des Verfahrens beendet – die Klägerin geht, weil sie es nicht mehr aushält. Einfach?

**Von:** Christoph Schlatter – **Gesendet:** 12.02.2018 16:20 – **An:** Natascha Wey

Ich finde trotzdem nicht a priori falsch, was Catherine Deneuve gesagt hat: Nicht jede ungeschickte Anmache ist gleich ein Verbrechen. Nicht alles, was mich stört oder was mir unangenehm ist, ist ein Fall für die Justiz. Und wenn Menschen, wie Barbara Vinken formuliert, «in die Klauen des Eros geraten», tun sie halt manchmal auch dumme Dinge. Und dann: Auch «üble Nachrede» und «Beschimpfung» stehen im Strafgesetzbuch. Trotzdem herrscht Konsens, dass solche Dinge möglichst niederschwellig beigelegt werden. Auch hier ist nicht allein

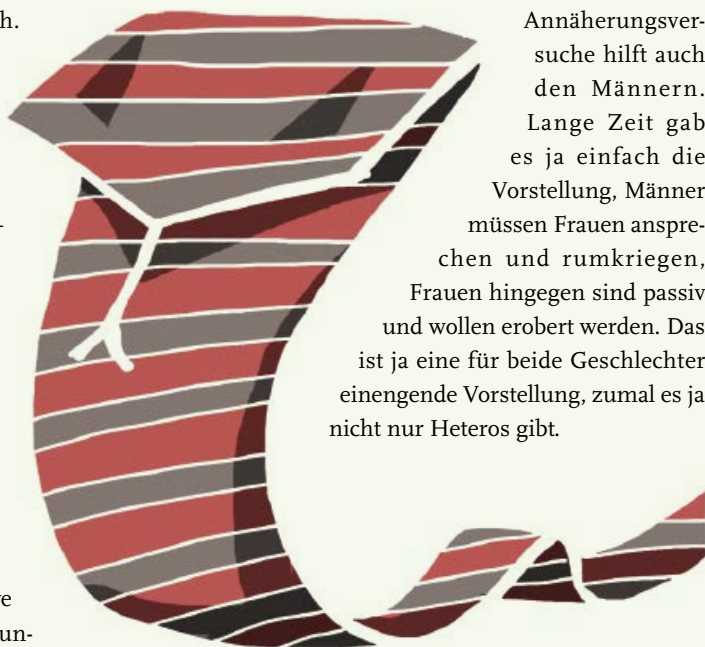
das subjektive Empfinden des Opfers für die rechtliche Qualifizierung massgeblich. Bei der Belästigung hingegen lese ich von einer angeblich «einfachen Regel»: «Ausschlaggebend ist nicht die Absicht der belästigenden Person, sondern wie ihr Verhalten bei der betroffenen Person ankommt.» Da verstehe ich in der Tat, wenn gerade unter den sensiblem Männern Verunsicherung um sich greift.

**Von:** Natascha Wey – **Gesendet:** 13.02.2018  
10:36 – **An:** Christoph Schlatter

Aber wieso ist Verunsicherung schlecht? Die kann doch auch produktiv sein. Wer einen Flirt beginnt, muss halt auf die Zeichen des Gegenübers achten, das ist nichts als respektvoll und anständig. Und verunsichert können auch Frauen sein, wenn sie unangemessen «beflirtet» werden und das nicht abwehren können. Ich habe im Arbeitskontext auch schon solche Situationen erlebt – und dann geschwiegen, weil ich mit dieser Person weiter zusammenarbeiten musste. Frauen gelten ja als schwierig oder prüde oder unlustig, wenn sie solche Versuche benennen.

Zurück zur Verunsicherung:

Ein Gespräch über Annäherungsversuche hilft auch den Männern. Lange Zeit gab es ja einfach die Vorstellung, Männer müssen Frauen ansprechen und rumkriegen, Frauen hingegen sind passiv und wollen erobert werden. Das ist ja eine für beide Geschlechter einengende Vorstellung, zumal es ja nicht nur Heteros gibt.



**Von:** Christoph Schlatter – **Gesendet:** 13.02.2018  
17:14 – **An:** Natascha Wey

Meinst du etwa miiiiich? Der Einzug der Frauen in fast alle Bereiche der Arbeitswelt bringt ein gewisses Mass an Reibung. Gleiches gilt, wenn jetzt auch Homosexuelle im Job als solche erkennbar sind. Hier wie dort plädiere ich stark dafür, nicht jede Irritation oder jede überflüssige Bemerkung als Angriff



zu werten. Ist es sexistisch, die Kleiderwahl der Bundesrätin zu kommentieren, wenn sie bei der Gottharderöffnung ein extravagant gelöchertes Kleid trägt? Ich lasse meine Heterokumpels gerne ihren einzigen Schwulenwitz erzählen und bin gespannt, ob sie irgendwann noch weitere finden. Nö, schlecht ist nicht die Verunsicherung, sondern die Asymmetrie darin: Unsere Gesellschaft scheint sich darauf geeinigt zu haben, dass Frauen das in jeder Hinsicht bessere Geschlecht sind. Und dass nach 10 000 Jahren Patriarchat jetzt eben die Männer mal untendurch müssen. Auch wenn ich persönlich mich nicht erinnern kann, in den letzten 10 000 Jahren in grösserem Stil Frauen unterdrückt zu haben.

**Von: Natascha Wey – Gesendet: 16.02.2018**  
09:22 – **An: Christoph Schlatter**

Nun, das Patriarchat funktioniert ja als Struktur. Als Mann kann das für dich heissen, dass du von patriarchalen Strukturen profitieren kannst, selbst wenn du individuell nichts zur Frauenunterdrückung beiträgst. Das Beispiel mit Leuthards Lochkleid liesse sich auch anders lesen: Ist es denn nötig, darüber zu schreiben – in einer Gesellschaft, in der Frauen in der Tendenz eher auf ihr Äusseres reduziert werden? Zwei Zeilen mehr Platz für Inhalt wären ja auch nicht falsch. Ich sehe die Kritik an der Asymmetrie und die Problematik, dass durch diese Zuschreibungen ja auch Vorstellungen von Geschlecht erst entwickelt werden. Und natürlich birgt das öffentliche Anprangern in der «Me too»-Debatte Gefahren. Was ich aber doch anmerken möchte: Jetzt ist die ganze Gesellschaft plötzlich wahnsinnig besorgt über den Ruf von mächtigen Männern. Versteh mich nicht falsch: Es

*«Du kannst vom Patriarchat profitieren, auch wenn du persönlich nichts zur Frauenunterdrückung beiträgst.»*

geht nicht an, Unwahrheiten über Leute zu verbreiten. Nur bewege ich mich jetzt auch schon einige Zeit in dieser Welt, und wie oft habe ich von Männern – auch linken Männern – schon gehört: «Die ist nicht gut.» Das ist auch systematischer Rufmord. Frauen erreichen dann angestrebte Positionen nicht, weil man sie präventiv abqualifiziert. Auch das sind Unwahrheiten. Da sehe ich aber keine Empörung. Das wird auch nie öffentlich.

**Von: Christoph Schlatter – Gesendet: 16.02.2018**  
10:10 – **An: Natascha Wey**

Ok, es geht um Macht, nicht um Sex. Aber angesichts ungleich verteilter Macht und ungleich sich manifestierender sexueller Bedürfnisse ist Sex doch halt eine Währung in diesem Gefüge. Eine Währung, die durchaus auch von Frauen eingesetzt wird. Eine gewisse Friede Riewerts von der Insel Föhr kam 23-jährig als Kindermädchen zur Familie Axel Springer, verscheuchte dort Springers vierte Ehefrau, wurde seine fünfte – und dann Managerin eines Medienimperiums.

**Von: Natascha Wey – Gesendet: 16.02.2018**  
15:15 – **An: Christoph Schlatter**  
Aber Christoph, weil es einzelnen Frauen gelingt, an Macht zu kommen oder Teil der Macht zu werden, können die doch nicht als Beispiel herhalten dafür,

dass der strukturelle Sexismus verschwunden ist. Natürlich kann – metaphorisch gesprochen – Sex eine Währung sein. Aber der Punkt ist: Frauen wollen selber entscheiden, in welcher Währung sie bezahlen. Und wenn eine jetzt keine Lust hat, auf ihr Äusseres zu setzen und das Spiel mitzuspielen – oder es vielleicht auch nicht kann, weil sie nicht dem gängigen Ideal entspricht, so hat sie doch die gleiche Chance verdient. Auch wenn sie nicht die Frau von Axel Springer wird.

**Von: Christoph Schlatter – Gesendet: 19.02.2018**  
15:56 – **An: Natascha Wey**

So geht's uns Männern ja auch. Mit Hochschlafen kommen wir nicht weit. Ich bin selbstverständlich dafür, dass solche Weinstens und Wedels verurteilt werden, wenn ihnen sexuelle Übergriffe nachgewiesen werden. Auch Werner de Schepper, sollte er etwas strafrechtlich Relevantes begangen haben. Aber derzeit brauchen wir anscheinend gar keine Gerichte mehr, denn das besorgen ja die Medien. Und am Tribunal von Michèle Binswanger gibt es weder eine Unschuldsumutung noch eine Rekursinstanz. Um auf den Rufmord zurückzukommen: Vielleicht fehlt mir das Sensorium für deine Erfahrung. Aber auch ich habe in meinem Leben schon Unerfreuliches erlebt. Weil ich ein

Mann bin? *Obwohl* ich ein Mann bin? Weil ich schwul bin?

Wegen meinem Schaffhauser Dialekt? Oder ist das einfach der Gang der Dinge, weil das Leben für kaum jemanden ein Ponyhof ist? Auch für die meisten Männer nicht. Und wahrscheinlich noch nicht mal für Ponys.



**Von:** Natascha Wey – **Gesendet:** 19.02.2018

**16:18 – An:** Christoph Schlatter

Klar. Nur spielt der Feminismus – zumindest so wie ich ihn verstehe – ja nicht die Männer gegen die Frauen aus. Im Gegenteil: Mit einer feministischen Analyse kann frau ja auch zum Schluss kommen, dass auch Männer an patriarchalen Vorstellungen von Männlichkeit scheitern. Und natürlich gibt es viele Gründe für Herabsetzungen, da ist das Geschlecht nur ein Faktor. Aber du würdest doch wohl nicht bestreiten, dass es, wenn es um Macht oder Machtpositionen geht, strukturelle Diskriminierung gibt?

**Von:** Christoph Schlatter – **Gesendet:** 20.02.2018

**13:44 – An:** Natascha Wey

Das bezweifle ich nicht. Aber auch auf dem Weg zur Macht ist etwa das Kriterium «Herkunft» sicher ähnlich bedeutend wie das Kriterium «Geschlecht». Und damit meine ich nicht, dass Schaffhausen noch nie im Bundesrat vertreten war. Und wenn du unterstellst, dass auch Männer an Männlichkeit scheitern können, dann können vielleicht Frauen auch manchmal von traditionellen Rollenbildern profitieren. Jetzt nicht Friede Springer. Sondern: *Sie*, obwohl gutverdienende Berufsfrau, rührt keinen Finger, wenn *er* sich im Restaurant anschickt, die Rechnung zu begleichen. Ich glaube, dass jungen Frauen da – mindestens in der Schweiz von 2018 – sogar eine grössere Bandbreite von Verhaltensweisen und Lebensmodellen offensteht als jungen Männern. Schon Simone de Beauvoir hat ihren Geschlechtsgenossinnen ein Doppelspiel vorgeworfen, «indem sie gleichzeitig traditionelle Rücksichtnahme und neue Anerkennung verlangen, indem sie auf ihre alte Magie und auf ihre jungen Rechte setzen».

**Von:** Natascha Wey – **Gesendet:** 20.02.2018

**13:58 – An:** Christoph Schlatter

Wenn nach den nächsten Wahlen von den sieben Frauen im Bundesrat auch eine aus Schaffhausen kommt, soll mir das recht sein. Klar kann es Vorteile haben, wenn sich eine Frau in die traditionelle Rolle begibt, die eine patriarchale Struktur für sie vorgesehen hat. Ich würde sogar sagen, dass man sich als Frau bis zu einem gewissen Punkt durchs Leben lächeln kann. Nur nochmals: Ich rede von Macht. Dort ist der Knackpunkt. Dann wird es anstrengend, wenn wir widersprechen, wenn wir Macht einfordern und männliches Machtverhalten in Frage stellen.

**Von:** Christoph Schlatter – **Gesendet:** 20.02.2018

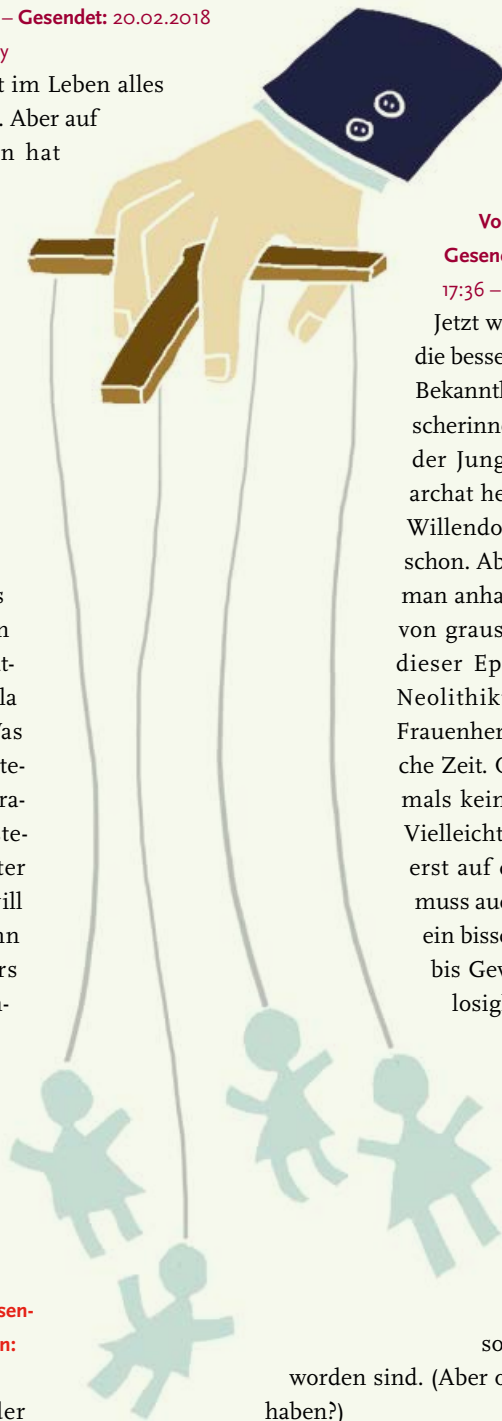
**16:42 – An:** Natascha Wey

Du, Natascha, kannst im Leben alles werden. Ausser Papst. Aber auf dem Weg nach oben hat sich's eben irgendwann ausgelächelt. Da wird die Luft dünn und eisig, und ganz ohne Ellbogen geht es nicht. Und da sehe ich dann nicht so enorme Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Machtverhalten. Ich muss gar nicht mit Namen wie Martullo oder Thatcher kommen; Angela Merkel tut's auch. Was ich aber gerne zugesteh: Frauen in herausragenden Positionen stehen unter verschärfter Beobachtung. Man will sehen, ob sie es denn nun wirklich anders machen als die Männer. Denn das ist ja eine bis dato unbelegte These, dass mit der Frauenherrschaft der Weltfrieden einkehrt.

**Von:** Natascha Wey – **Gesendet:** 21.02.2018 08:53 – **An:**

**Christoph Schlatter**

Auch das sind wieder Einzelfiguren. Die Debatte wird immer auf die gleiche Weise geführt. Die wenigen mächtigen Frauen müssen als Beleg dafür herhalten, dass Frau und Macht ja gar nicht so viel besser zusammengeht als Mann und Macht. Meines Erachtens liegt das Problem darin, dass heute gewisse Verhaltensweisen, die wir eher mit Männern assoziieren, nötig sind, damit jemand es überhaupt in eine Machtposition schafft. Das müssen wir als Linke ja sowieso kritisieren. Und uns überlegen, welche anderen Formen von Zusammenarbeit und Kooperation möglich wären. Da besteht auch in der Linken noch



Luft nach oben. Und es würde sich lohnen, auf uns Frauen zu hören.

**Von:** Christoph Schlatter –

**Gesendet:** 22.02.2018

**17:36 – An:** Natascha Wey

Jetzt wollt ihr schon wieder die besseren Menschen sein... Bekanntlich gehen einige Forscherinnen davon aus, dass in der Jungsteinzeit ein Matriarchat herrschte – Venus von Willendorf und so, du weisst schon. Aber andererseits weiss man anhand von Funden auch von grausamen Massakern in dieser Epoche. Also war das Neolithikum entweder trotz Frauenherrschaft keine friedliche Zeit. Oder aber: Es gab damals keine Frauenherrschaft. Vielleicht befinden wir uns ja erst auf dem Weg. Vielleicht muss auch die Evolution noch ein bisschen an uns arbeiten, bis Gewalt und Rücksichtslosigkeit geächtet oder in die Reservate von Spiel und Sport verbannt sind. Bis allmählich aus Menschen, die Macht über andere haben wollen, brüderlich-schwesterlich-solidarische Wesen geworden sind. (Aber ob die dann noch Sex haben?)

**Von:** Natascha Wey – **Gesendet:** 22.02.2018

**17:51 – An:** Christoph Schlatter

Natürlich ist Macht nicht von Natur aus so beschaffen. Und ich würde keineswegs behaupten, dass Frauen von Natur aus die friedlicheren und netteren Menschen sind. Wenn wir aber Geschlecht auch als Sozialisierungsprozess verstehen, dann lässt sich schon festhalten: Frauen werden eher dazu erzogen, kooperativ zu sein und für andere zu sorgen. Das liegt ja nicht in der Biologie. Also können wir doch argumentieren, dass ein bisschen mehr «Weiblichkeit» im System, etwas mehr Kooperation sicher



nicht schlecht wäre. Aber ich halte solche Zuschreibungen gleichzeitig für gefährlich. Mich ärgert es beispielsweise, dass Frauen wenige Möglichkeiten haben, offen zu streiten. Es ist immer gleich «Zickenkrieg», oder es wird ins Persönliche gedreht. Männer beispielsweise können an Rivalität wachsen. Von Frau zu Frau kannst du wenig produktive Rivalität entwickeln, die rein inhaltlich ist und beide weiterbringt. Schade! Ich hätte sehr gerne eine Lieblingsfeindin.

**Von: Christoph Schlatter – Gesendet: 23.02.2018**  
09:04 – **An: Natascha Wey**

Was ist Biologie, was ist Soziologie? Offensichtlich handelt es sich um ein komplexes Zusammenspiel. Wichtig dünkt mich, dass wir bei den «Geschlechtsmerkmalen» eine grosse Streuung einrechnen. Der Überlappungsbereich ist auch bei den leicht messbaren Dingen breiter, als es Diskussionen wie die unsere suggerieren. Ja, Männer sind grösser als Frauen und haben grössere Füsse. Trotzdem gibt es natürlich zahlreiche Frauen, die grösser sind als manch ein Kerl und die Männerschuhe kaufen müssen. Und das dürfte auch auf jene Charakteristika zutreffen, die wir hier verhandeln. Es gibt auch Männer, die Einfühlungsvermögen besitzen. Und solche, die ängstlich sind. Umgekehrt existieren auch Frauen mit ausgeprägtem Risikoverhalten und weniger ausgeprägter Empathie. Interessant finde ich ja, dass sich die Abstände eher verkleinern. Beispielsweise schmilzt der Vorsprung der Frauen bei der Lebenserwartung. Wahrscheinlich, weil ihr jetzt auch trinkt und raucht und andere ungesunde Dinge treibt. Willkommen im Club.

**Von: Natascha Wey – Gesendet: 26.02.2018**  
09:16 – **An: Christoph Schlatter**

Ich gebe dir recht, dass der Überlappungsbereich breiter ist, als es die Diskussionen suggerieren. Allerdings glaube ich auch, dass die feministische Theoriebildung heute durchaus so weit ist, dass sie das mitdenkt. Ich jedenfalls merke: Ich bin (noch) nicht bereit, auf diese Begrifflichkeiten zu verzichten. Ich glaube auch, das wäre politisch falsch. Wie will man denn auf strukturelle Ungerechtigkeiten – wie beispielsweise die Lohnungleichheit – hinweisen, wenn nicht mit

der Verknüpfung zum Geschlecht? Natürlich gibt es individuell dann schon Frauen, die mehr verdienen als Männer. Das findest du immer. Willst du deswegen auf Kategorien verzichten?

*«Natürlich brauchen wir Kategorien. Aber auch ein Sensorium dafür, dass dabei auch wieder einige unter die Räder kommen.»*

**Von: Christoph Schlatter – Gesendet: 26.02.2018**

09:51 – **An: Natascha Wey**  
Natürlich brauchen wir Kategorien. Aber wir brauchen zugleich ein Sensorium dafür, dass wie bei jeder Kategorisierung dabei wieder einige

unter die Räder kommen. Zum Beispiel jene Männer, die nie eine echte Chance auf den angestrebten Job hatten, weil eine gleich gut qualifizierte Frau zur Stelle war. Und die diese Erfahrung vielleicht nicht nur einmal im Leben machen. Oder: Männer erleiden viel seltener häusliche Gewalt als Frauen. Aber dort, wo's passiert, haben sie ein zusätzliches Problem, das überhaupt zu benennen. Irgendwie scheint mir auch, dass diese Rollen durch unser ständiges Kreisen um das Thema eher zementiert als gelockert werden. Ich meine jetzt nicht nur uns zwei in diesem Dialog, sondern unsere Gesellschaft als Ganzes, die unentwegt Quoten errechnet und sämtliche Märchen, Bilder, Filme, Listen, Begebenheiten und Begegnungen auf dieses Geschlechterdings durchleuchtet.

**Von: Natascha Wey – Gesendet: 26.02.2018**  
10:27 – **An: Christoph Schlatter**

Die Aussage zur Gewalt teile ich nicht. Häusliche Gewalt ist schlimm für alle, die sie erleben. Das lässt sich nicht ausspielen. Bei der Quote bin ich relativ harsch. Und ich finde auch nicht, dass Männer deswegen «unter die Räder» kommen. Es gibt keinen Anspruch auf einen Job, ich habe auch schon Stellen nicht bekommen. Und noch öfter habe ich erlebt, dass Männern einfach mehr zugetraut wird und dass sie über ihre Netzwerke auf Positionen gelangt sind. Dann heisst es jeweils: Uns ist einfach keine qualifizierte

Frau in den Sinn gekommen. Die Männer waren bei Stellenantritt ebenso wenig qualifiziert. Aber man hatte das Vertrauen, dass sie sich dann schon gut entwickeln. Frauen wird solcher Vertrauensvorschuss weniger entgegenbracht. Sie müssen ihrerseits einen Kompetenzvorschuss liefern. Da haben wir also eine gut funktionierende informelle Männerquote. Daher glaube ich, dass zur Beseitigung der strukturellen Diskriminierung die Quote das wirkungsvollste Instrument ist – ein «Hack im System», wie die deutsche Feministin Anne Wizorek zu sagen pflegt.

**Von: Christoph Schlatter – Gesendet: 27.02.2018**  
12:01 – **An: Natascha Wey**

«Männernetzwerke»: Das hört sich immer so verschwörungstheoretisch an. Männer täten in irgendwelchen Hinterzimmern die Posten verteilen. Das war mal so. Aber das Militär kannst du vergessen, die Studentenverbindungen auch (jedenfalls ausserhalb von Österreich). An den Unis sind schon mehr Frauen, an der Urne habt ihr die Mehrheit, im VPOD eh. Bleibt das Feierabendbier. Aber da ist es dann doch wieder eher ein Care- als ein Gender-Problem. Wer das Kind von der Kita holen muss, ist ausgeschlossen.

**Von: Natascha Wey – Gesendet: 28.02.2018**  
16:40 – **An: Christoph Schlatter**

Nein, das tun Männer ganz und gar nicht in irgendwelchen Hinterzimmern. Sie tun es vielmehr sehr sichtbar – und dazu gibt's jetzt wirklich ausreichend Studien. Das hängt (auch) damit zusammen, dass sich Männer öfter auf Männer beziehen, sich gegenseitig als kompetenter einschätzen und sich weiterempfehlen. Untersuchungen sagen, dass Frauen erst ab einer Quote von 30 Prozent überhaupt gehört werden. Und ja, wer Betreuungsaufgaben erfüllen muss, ist von einer gewissen Form von Netzwerken teilweise ausgeschlossen. Aber das muss uns zwei ja jetzt nicht daran hindern, ein Feierabendbier trinken zu gehen!

**Von: Christoph Schlatter – Gesendet: 28.02.2018 17:13 – An: Natascha Wey**  
Keineswegs. In einer halben Stunde im «Si o No»?

**Von: Natascha Wey – Gesendet: 28.02.2018 17:15 – An: Christoph Schlatter**  
Aber klar! Die Runde geht auf mich!



Frau und Politik: Fabienne Amlinger hat die Frauenorganisationen von SP, FDP und CVP studiert

# Aufwertung des Nebenwiderspruchs

Fabienne Amlinger hat die Frauenorganisationen von SP, FDP und CVP nach 1971 untersucht. Sie sieht die Frauen als zunehmend unbequemen Faktor im «Vorzimmer der Macht». Die Nichtwahl Christiane Brunners 1993 wirkte belebend. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Sozialarchiv)



1993 führt die Nichtwahl von Christiane Brunner zu einem mittleren Volksaufstand.

profiliersten der befragten Parteien, brachten die Aktivistinnen der neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren durchaus «frischen Wind – um nicht zu sagen einen eigentlichen Sturm». Die Geschlechterfrage wurde vom Nebenwiderspruch zu einem eigenständigen Feld der Politik aufgewertet, was auch auf Wahllisten und in den Parlamenten sichtbaren Niederschlag fand.

## Geschützte Werkstatt?

Freisinnigerseits herrschte dagegen weiterhin die Überzeugung, dass eine eigene Frauenorganisation mit der formalen Gleichstellung obsolet geworden sei. Ohnehin geht ja die liberale Weltsicht von der Vorstellung aus, dass jede ihres Glückes Schmiedin ist. Die Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen bestand trotzdem fort, hatte aber einen schweren Stand. Die ihr zugestandene Bewirtschaftung von «Frauenthemen» führte immer wieder zum Vorwurf der Linksabweichung. Diesem versuchten die freisinnigen Frauen zu entgehen, indem sie sich gegen «Extrempositionen» abgrenzten und gegen «Gleichmacherei» zu Felde zogen. Auch bei der CVP ging es in Minischritten voran. Der Aufbau einer Frauenorganisation brauchte mehrere Anläufe. Das Dilemma bleibt, dass spezielle Gefässe und Gremien für Frauen eine Art «geschützte Werkstatt» ergeben, während die eigentliche Macht anderswo verhandelt wird. Die SP-Frauen trugen sich daher folgerichtig mit dem Gedanken an Selbstauflösung, schreckten davor aber, Einflussverlust fürchtend, dann doch zurück. Zwiespältig bilanziert Fabienne Amlinger: «Die Frauenorganisationen feierten Erfolge, und zugleich scheiterten sie immer wieder.» Immerhin seien die Frauen «vom Vorfeld ins Vorzimmer der Macht eingezogen» und störten dort «die Spielregeln der männlichen Dominanz».

Ein Markstein ist die zweite eidgenössische Abstimmung über das Frauenstimmrecht: Am 7. Februar 1971 gewährten die stimmberechtigten Männer «ihren» Frauen die vollen politischen Rechte. Noch im selben Jahr zogen die ersten Frauen ins eidgenössische Parlament ein; Elisabeth Blunschy (CVP) war 1977 erste Nationalratspräsidentin. 1984 wurde Elisabeth Kopp (FDP) als erste Frau in den Bundesrat gewählt, nachdem ein Jahr zuvor die Kandidatur von Liliane Uchtenhagen (SP) übergangen worden war. Der grösste Skandal aber folgte 1993, als anstelle der offiziellen Kandidatin Christiane Brunner (SP) bei der 100. Bundesrats-Neuwahl zum 99. Mal ein Mann erkoren wurde.

## Eine verrückte Woche

Es folgte die «verrückteste Woche der Schweizer Frauenbewegung», an deren Ende bekanntlich Ruth Dreifuss in den Bundesrat einzog. Und es folgte der sogenannte Brunner-Effekt: Die Frauen bauten ihre Vertretung in kantonalen Parlamenten sowie im National- und vor allem im Ständerat deutlich aus. 1971 bis 1995: Zwischen diesen beiden Daten siedelt Fabienne Amlinger ihre historische Studie zur Frauenpolitik der Parteien an. Was

haben die Parteien nach Einführung des Frauenstimmrechts unternommen, um das neue Wählerpotenzial an sich zu binden?

Als Parteien herzlich wenig, so die Antwort. Vielmehr wurde die Aufgabe, Wählerinnen und weibliche Parteimitglieder anzuwerben, den jeweiligen Frauenorganisationen übertragen. Diejenige der SP ist unter diesen die traditionsreichste, mit einer Geschichte, die bis 1917 zurückreicht. 1949 formierten sich die FDP-Frauen auf nationaler Ebene. Die CVP schuf ihre Frauenorganisation erst nach 1971. (Die Abwesenheit der SVP in der Studie erklärt Fabienne Amlinger mit dem Fehlen eines zugänglichen Archivs und mit der Tatsache, dass die SVP lediglich eine Frauenkommission besass.)

Die «Auslagerung» an die parteieigene Frauenorganisation sieht die Historikerin kritisch. Sie hatte nämlich mit zur Folge, dass Gleichstellungs- und Frauenanliegen als Spezialthemen der Politik wahrgenommen wurden und dass auch weiterhin «Männer die Norm und Frauen das Besondere» darstellten. Diese Erkenntnis bedeutet allerdings nicht, dass die Frauenorganisationen der Parteien nutzlos oder gar eine Art «Falle» geworden seien. Bei der SP, der in Frauenfragen mit Abstand

Fabienne Amlinger: *Im Vorzimmer der Macht? Die Frauenorganisationen der SP, FDP und CVP, 1971–1995*. Zürich (Chronos) 2017, 409 Seiten, 58 Franken.

## Kein Arbeitslosengeld für Prüfungsvorbereitung

Ein Jurist, angehender Anwalt, hat in ein paar Monaten eine Stelle in Aussicht. Zuvor muss er noch die Anwaltsprüfung absolvieren. Er findet einen 50-Prozent-Job und meldet sich für die übrigen 50 Prozent arbeitslos, während er sich auf das Examen vorbereitet. Geht nicht, sagt das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich: Der Antragsteller sei ja gar nicht vermittelbar, wenn er auf die Prüfung lerne. Der Fall landete vor Bundesgericht. «Nicht als vermittlungsfähig gilt nach der Rechtsprechung in der Regel eine versicherte Person, die auf einen bestimmten Termin anderweitig disponiert hat und deshalb für eine neue Beschäftigung nur noch während relativ kurzer Zeit zur Verfügung steht», sagt dieses. Vor allem aber sei für das Bestehen der Zürcher Anwaltsprüfung mit einem Lernaufwand von 3 bis 4 Monaten Vollzeit zu rechnen, so dass der Gesuchsteller neben dem Lernen und dem anderen Job gar keine Zeit für eine weitere Arbeit gehabt hätte. Demnach liegt keine Arbeitslosigkeit vor – und es gibt auch kein Arbeitslosengeld. | *slt* (Foto: Jacob Ammentorp Lund/iStock)

## Ordentliche Kündigung nach sexuellen Bemerkungen

Eine fristlose Kündigung sei nicht gerechtfertigt, sagt das Bundesgericht zu einem Fall, bei dem Gespräche beim Feierabendbier im Mittelpunkt standen. Ein 31-jähriger Angestellter hatte in der Bar gegenüber drei Kollegen sexuelle Bemerkungen über eine (nicht anwesende) Kollegin gemacht. Der wurde das zugetragen, worauf sie den

*Aufgepasst beim  
Feierabendbier!*



Mann beim Personalbüro verklagte. Bei der Befragung kamen weitere Unflätigkeiten des fraglichen Mitarbeiters ans Licht. «Würdest du dir von der X. einen blasen lassen?», wollte er etwa von einem Kollegen wissen. Eine andere Mitarbeiterin hatte er unter dem Tisch mit dem Fuss dreimal berührt; zusätzliche Vorwürfe betreffen «deplatzierte Kommentare» und «komische Blicke». Diese Handlungen, so unangebracht sie auch seien, reichen aus Sicht des Bundesgerichts, das die Waadtländer Vorinstanz bestätigt, nicht für eine fristlose Kündigung. Diese müsse Ausnahmefällen vorbehalten bleiben. Demnach muss der Arbeitgeber den Lohn während der ordentlichen Kündigungsfrist nachzahlen. Den Job ist der junge Mann trotzdem los. | *slt* (Foto: mediaphoto/iStock)

## Susi Stühlinger Wer Senf braucht

Wo waren wir letztes Mal stehengeblieben? Ach ja: Vor der Tür steht Doris. Tränen kullern ihr über die Wangen. (Ein sogenannter Cliffhanger – ein solcher wird hauptsächlich als ein offener Ausgang einer Episode auf ihrem Höhepunkt mit Serials, Fernsehserien, Seifenoperen oder, seltener, mit planvoll fortgesetzten Kinofilmen assoziiert. Die Handlung wird meist in der nächsten oder einer noch späteren Episode fortgesetzt. Sagt Wikipedia. Auf ebensolche Cliffhanger dürfen wir dank einer doch noch halbwegs vernünftigen Mehrheit der Stimmbewölkerung auch in Zukunft bei extrem toll produzierten Schweizer Serien wie beispielsweise «Wilder» hoffen.)

Also, Sie wollen wissen, was mit Doris los war. – Ehrlich gesagt, ich weiss es gar nicht mehr so recht. Streit mit Mario, irgendeine Lappalie, fünf Minuten später hat er eine SMS geschickt, und sie ist von dannen gezogen. Viel Lärm um nichts, oder zumindest nichts, wofür sich der ganze Lärm gelohnt hätte. Etwa so wie bei der «No Billag»-Initiative. Nun ja, einige mögen jetzt entgegenn, dass die Debatte durchaus wichtig gewesen sei, damit sich etwas bewege, weil bewegen müsse sich etwas, und das tue es bei staatlich protegierten Institutionen nie, soweit nicht genug Druck von aussen ausgeübt werde. Ich neige sogar dazu, dem grundsätzlich zuzustimmen. Aber darum ging es den Initiantinnen und Initianten nie.

«No Billag» mag Geschichte sein, der Geist, des Kind die Initiative war, lebt weiter: Der Wunsch nach der vollständigen Zerschlagung des Staates als Institution oder zumindest seiner radikalen Verstümmelung, hin zu einem blossen Nachtwächterstaat, der lediglich dazu da ist, die Grenzen dichtzuhalten und darauf achtzugeben, dass in unserer gemütlichen Kuschelecke der Kapitalakkumulation nichts und niemand stört. Sie werden erneut angreifen, die Verfechter

dieser Ich-zahle-nur-was-ich-selbst-brauche-Mentalität, jene immerhin 16 Prozent der Bevölkerung, die am vergangenen Abstimmungssonntag grundsätzlich gegen die Erhebung von Bundessteuern votiert haben (in meinem Heimatkanton waren es gar gloriose 22 Prozent, was dem höchsten Nein-Anteil im ganzen Land entspricht, oh ruhmreiches Schaffhausen).

Man kann mal zu Ende denken, wie das wäre, wenn man nur noch das zahlen müsste, was man braucht, philosophiert Koni beim Feierabendbier: Ich bin Pazifist, ich brauche keine Armee. Ich bin pensioniert, mein Kind ist erwachsen, ich brauche keine Schule. Ich benutze den ÖV, ich brauche keine Autobahnen. Ich bin wohlauf, ich brauche keine Gesundheitsversorgung, und ins Altersheim bringt mich ohnehin keiner. Und ausserdem habe ich vor, mich bei einer untragbaren Verschlechterung des allgemeinen Zustands von einer malerischen Klippe in den Atlantik zu stürzen, ich brauche also auch keinen Bestatter. Doris: Das hat schon etwas für sich. Wenn ich im Bergrestaurant Senf zur Wurst haben will, wieso sollen dann diejenigen, die nie Senf nehmen, meinen Senf mitfinanzieren? – Immerhin gibt's deinen Senf zum Glück ganz umsonst, meint Koni.



*Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.*





Am SNCF-Bahnhof von Polliat fehlen die Buchstaben L, L, I und T.

### Bei der SNCF droht Streik

Als der damalige Premierminister Alain Juppé 1995 versuchte, der französischen Staatsbahn SNCF Reformen gegen den Willen der Gewerkschaften zu verpassen, endete die Übung mit seinem Rücktritt. Jetzt unternimmt Staatspräsident Emmanuel Macron –

das jüngste Staatsoberhaupt Frankreichs seit Napoleon – einen neuen Anlauf, die unübersehbaren Probleme bei der Bahn zu lösen. Die vier grossen Gewerkschaften sprechen bereits über Streiks ab Mitte März. Macron will den Bahnangestellten die Pensionierung ab 52 und die relative Unkündbarkeit wegnehmen. Der Schuldenberg der SNCF – 45 bis 50 Milliarden Euro – ist aber wohl mindestens so sehr die Folge von Managementfehlern: Man hat sich zu stark auf wenige Vorzeigestrecken konzentriert und dabei das restliche Land vernachlässigt. Dort ist der Investitionsbedarf jetzt hoch, und auch beim einstigen Renommierprojekt TGV ist der Lack längst ab. | *slt* (Foto: Sylvain Bouard/Wikimedia)

### Steuervorlage 17 in der Kritik

Der Uno-Menschenrechtsexperte Juan Pablo Bohoslavsky kritisiert in einem Bericht die Schweizer Steuerpolitik gegenüber multina-

tionalen Konzernen. In der vom Bundesrat vorgeschlagenen Form könne die «Steuervorlage 17» den Menschenrechten schaden. Sie befördere den Steuerwettbewerb und führe dazu, dass die Länder des Südens ihre Aufgaben in der Gesundheit, der sozialen Absicherung, der Bildung und der Infrastruktur nicht mehr wahrnehmen können. Bohoslavsky fordert deshalb die ersatzlose Streichung der alten Schweizer Sondersteuerregimes für Unternehmen. Der Bericht Bohoslavskys wurde dem Uno-Menschenrechtsrat in Genf vorgestellt. | *alliancesud*

### Wo es Österreich wirklich fehlt

Tausende Beschäftigte aus privaten Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in ganz Österreich haben im Februar mit Warnstreiks ein mächtiges Zeichen gesetzt. Sie verlangen Lohnerhöhungen sowie eine Angleichung der Bedingungen an die öffentlichen Insti-

## Wirtschaftslektion Die Schweiz – kein Sonderfall

Unter dem Druck der Nationalkonservativen rund um die SVP ist die politische Diskussion über die Migration stark durch einen ausländer- und europafeindlichen Ton geprägt. Dabei ist die Schweiz in Bezug auf die Ein- und Auswanderung alles andere als ein Sonderfall. In nahezu allen Ländern Europas ist der Anteil der ausländischen Erwerbstätigen in den letzten 10 Jahren spürbar gestiegen. Ausnahmen sind einzig Länder mit einer schweren Wirtschaftskrise wie Griechenland und Portugal sowie Ungarn.

Diese Entwicklung ist die Folge einer generellen Internationalisierung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Die Internationalisierung führt logischerweise aber nicht nur dazu, dass mehr ausländische Arbeitskräfte im eigenen Land arbeiten. Sondern es gibt umgekehrt auch mehr Auswanderung. So ist auch die Zahl der Auslandschweizerinnen und Ausland-

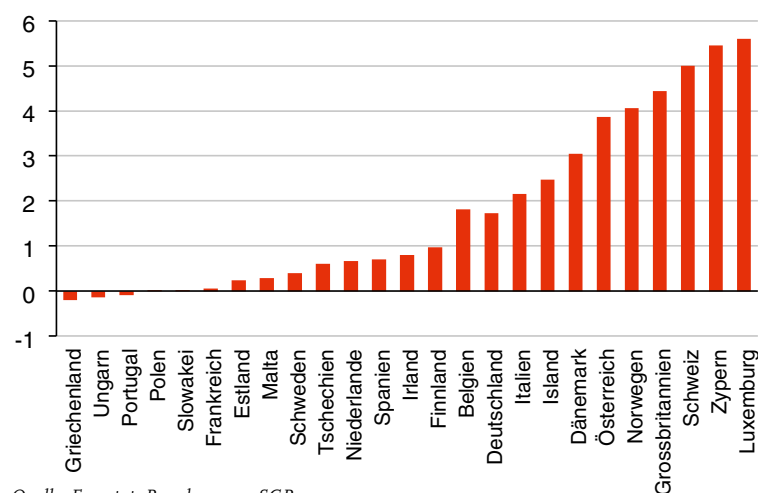
schweizer in den letzten 10 Jahren um 20 Prozent gestiegen. Heute wohnen rund 11 Prozent der Menschen mit Schweizerpass im Ausland.

Bei dieser Internationalisierung des Arbeitsmarktes spielt das Internet eine wichtige Rolle. Heute wird in vielen Ländern ein grosser Teil der Stellen im Internet ausgeschrieben und ist also weltweit sichtbar. Auch in der Schweiz. Vor 2002 haben die Firmen hingegen ihre offenen Stellen vor allem in der lokalen und nationalen Presse publiziert. Wer beispielsweise Personal in Deutschland suchte, musste die Stelle eigens in deutschen Zeitungen ausschreiben. Weitere Treiber für Wanderung sind die tieferen Preise für Flugtickets sowie die dichteren Flugverbindungen, aber auch die einfachere und kostengünstigere Kommunikation, die durch billigere Telefonverbindungen und durch neue Kommunikationskanäle wie E-Mail möglich geworden ist.

Dass die Schweiz zu den Ländern gehört, in denen diese Entwicklung etwas ausgeprägter ist, überrascht wenig. Die Schweiz ist ein Land mitten in Europa, in dem mit Deutsch, Französisch und Italienisch die Sprachen der Nachbarländer gesprochen werden. Die Sprachenfrage macht beispielsweise den Unterschied zu Dänemark aus, welches diesbezüglich gegenüber seinem grossen Nachbarn im Süden abgegrenzt ist.

Die Schweiz hat viele multinationale Unternehmen, deren Verflechtungen mit dem Ausland in den letzten Jahren nochmals gestiegen ist. Vor rund 10 Jahren beschäftigten Schweizer MEM-Firmen insgesamt ungefähr halb so viel Personal im Ausland wie in der Schweiz. Heute sind es fast gleich viele, nämlich rund 90 Prozent. Und: 2015 sprachen in der Schweiz bereits 18,7 Prozent der Berufstätigen an der Arbeit «üblicherweise» Englisch. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

Entwicklung der ausländischen Erwerbstätigen (EU-27 Staaten) an den Erwerbstätigen total (Differenz zwischen 2006 und 2016, in Prozentpunkten)



Quelle: Eurostat, Berechnungen SGB

tutionen. Die Probleme in den Alters- und Behinderteneinrichtungen Österreichs sind gross. Ein erster Erfolg wurde im Bundesland Salzburg erzielt, wo der Soziallandesrat zugesagt hat, die Lücke zwischen den Löhnen in privaten und in öffentlichen Einrichtungen – die heute bis zu 300 Euro im Monat beträgt – zumindest zu verkleinern. | *egöd*

### Frankreich: Alterspflege in Aktion

Nach einer ersten Mobilisierung im Januar ist bei den Langzeitpflegenden Frankreichs für Mitte März ein zweiter Aktionstag vorgesehen, an dem zehn Gewerkschaften beteiligt sind. Auch zahlreiche Heime schliessen sich dem Protest an. Die Auseinandersetzung betrifft die Weigerung der Regierung, zusätzliche Gelder für den Betagtenbereich zur Verfügung zu stellen. Verlangt werden weiterhin ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 1 in den Heimen und zusätzliche Zeiten für Spi-

texdienste. Auch bei den Lohn- und Karriereperspektiven besteht grosser Handlungsbedarf. | *egöd*

### Verdi droht mit Warnstreiks

Die erste Verhandlungsrunde für die 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen in Deutschland ist ohne Ergebnis geblieben. Verdi-Chef Frank Bsirske will «kräftige Lohnerhöhungen», denn die Steuereinnahmen sprudeln. Daran müssten auch die Arbeitnehmenden teilhaben – mit 6 Prozent oder mindestens 200 Euro mehr Lohn. Für März sind Warnstreiks angekündigt. | *verdi* (Foto: Ralf Spiegel)

### Italien: Neuer Feuerwehrvertrag

Die Gewerkschaft FP CGIL, die in Italien die Berufsfeuerwehrleute organisiert, hat nach 9 Jahren Verhandlungen einen neuen GAV erreicht. Darin sind Lohnerhöhungen, eine



Den öffentlich Beschäftigten Deutschlands fehlen 200 Euro.

bessere Abgeltung von Überstunden und eine höhere Gefahrenzulage enthalten. Der FP CGIL zufolge geht es in einer nächsten Runde um Versicherungs- und Sicherheitsfragen und um das Schicksal jener, die aus physischen oder psychischen Gründen keine aktiven Einsätze mehr leisten können. | *egöd*

## Wer war's? Radierungen

Ludwig van Beethoven fühlte sich betrogen: Er hatte Napoleon für einen Freiheitskämpfer gehalten und ihm die 3. Sinfonie gewidmet. Und jetzt krönte sich der Mann zum Kaiser und überzog ganz Europa mit Krieg. Wütend radierte Beethoven die Widmung auf dem Titelblatt der Partitur aus. Ähnlich mag es der einen und dem anderen angesichts unseres heutigen Helden ergehen. Das Land, in das der Bericht entführt, fand sich eine Zeit lang sehr häufig in den Nachrichten. Fast täglich gab es dort Demonstrationen, und der Finanzminister legte sich mit Wolfgang Schäuble an. Heute ist die Berichterstattung seltener geworden, obwohl sich derzeit grad ein linker Ministerpräsident daranmacht, das letzte Tafelsilber zu verscherbeln. Aber das Volk ist offenbar des Protestierens müde und lässt geschehen, was im Angesicht eines weltweiten Wirtschaftsaufschwungs etwas erträglicher zu wirken scheint als ehemals.

Die Hinweise auf den heute gesuchten Kulturschaffenden beginnen mit einer unvollständigen Liste der Interpretinnen seiner Werke: Agnes Baltsa, Dalida, Vicky Leandros, Gisela May, Melina Mercouri, Milva, Nana Mouskouri, Edith Piaf, Hannes Wader, Konstantin Wecker. Als zweites folgt eine politische Würdigung: Herr X. ging unmittelbar nach Errichtung der Militärdiktatur in seinem Land in den Untergrund und kämpfte gegen die Machthaber. Er wurde verhaftet, gefangengenommen und gefoltert. Auf Betreiben prominenter Fürsprecher wurde er ins Ausland abgeschoben, von wo aus er weiter mit seinen Mitteln gegen die Junta mobilisierte. Und seine Mittel waren so, dass breite Massen angesprochen wurden, ohne dass das kulturelle Establishment die Nase rümpfen musste.

Das dritte Kapitel ist etwas weniger erfreulich; es handelt von Verstrickungen in die Realpolitik, von der Ministertätigkeit in einer konservativen Regierung, von antizionistischen Äusserungen, die ohne Schwierigkeiten auch als antisemitisch gelesen werden können. Immerhin ist ein versöhnlicher Ton gegenüber dem lang verfeindeten östlichen

Nachbarland hörbar – nicht aber gegenüber dem nördlichen. Davon konnte man jüngst lesen: Herr X. sprach an einer Demo je nach Quelle vor 140 000 oder 300 000 Personen gegen die «linken Faschisten» in der Regierung. Es ging aber nicht um Renten oder Steuern oder den Ausverkauf des Volksvermögens. Sondern nur um Schall und Rauch: einen Namen. Darüber regen die sich auf? Ja drangsaliiert etwa Baden-Württemberg seinen Nachbarn Bayern, weil auch ein bayrischer Regierungsbezirk «Schwaben» heisst?

Genug der schiefen Vergleiche. Rasch zu den Formalien: Wir brauchen den Namen der gesuchten Persönlichkeit per Postkarte bis am 26. März hierher: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Drei Büchergutscheine (ein 100-, ein 50- und ein 20-fränkiger) warten auf die von der Glücksperson zu ermittelnden Gewinnpersonen. | *slt*

### Es war Elisabeth Blunschy

Das höchste Amt in der Schweiz ist laut Protokoll (wir wussten es nicht) tatsächlich dasjenige des Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin. Von der politischen Mechanik her ist das falsch: Das Parlament ist ja der Boss der Regierung. Das Rätsel zielte jedenfalls auf den Vorsitz im Nationalrat. Das Stichwort «christlich-sozial» mochte helfen: Die erste Frau in diesem Amt war die Schwyzerin Elisabeth Blunschy (CVP), in den Protokollen unterzeichnend als «Der Präsident: Frau Blunschy». «Was war eigentlich der Grund für die Wahl ausser Turnus?» Die Frage des Kollegen W. aus B. beantworten wir gern: Der Vorgänger, Hans Wyrer, wurde in die Walliser Kantonsregierung gewählt und trat unterm Jahr aus dem Nationalrat ab. Die nächsten Frauen auf dem «Bock» waren übrigens Hedi Lang (Zürich), Gret Haller (Bern) und Judith Stamm (Luzern). Vom Rätsel-Podest winken mit ihren Bücherbons: Heinrich Rico Gallizzi (Zürich), Ueli Wirth (Bubikon) und Esther Huber (Zürich). | *slt*

## VPOD-Landesvorstand vom 2. Februar 2018

Der Landesvorstand hat

- Cora Antonioli (Region Waadt) zur neuen Vizepräsidentin des VPOD gewählt.
- vom Werbeprojekt der Region Freiburg und von der Entwicklung des Profa-Projekts in der Region Bern Kenntnis genommen und letzteres um ein Jahr verlängert.
- über die Schwierigkeiten des Gewerkschaftsaufbaus in der Reinigung gesprochen und einen diesbezüglichen Projektabschlussbericht akzeptiert.
- den Assoziierungsvertrag mit dem Zürcher Berufsverband der Logopädinnen und Logopäden ZBL gutgeheissen.
- ausgehend von einer SWOT-Analyse und einem Referat von Marco Kistler (SP Schweiz) eine Diskussion über die zukünftige Strategie des Verbandes hinsichtlich der Mitgliederentwicklung angefangen.
- Erfolge und Herausforderungen ausgewählter VPOD-Regionen (diesmal: Freiburg) besprochen.
- das Thema Altersvorsorge rück- und vorausschauend debattiert.
- die Beziehungen des VPOD zu den politischen Parteien besprochen und dabei am Grundsatz der Unabhängigkeit und der projektbezogenen Kooperation festgehalten.

Stefan Giger, Generalsekretär

## VPOD-Landesvorstand vom 2. März 2018

Der Landesvorstand hat

- seine Diskussion über die VPOD-Strategie fortgesetzt und beschlossen, diesbezüglich eine Präsidentinnenkonferenz einzuberufen.
- Erfolge und Herausforderungen ausgewählter VPOD-Regionen (diesmal: Jura und Grenchen-Glarus) besprochen.
- mit Projektleiter Kusthrim Adili die Chancen und Probleme beim Aufbau der Gewerkschaft bei der Jugend erörtert.
- die Traktandenliste für die Delegiertenversammlung vom 24. März festgelegt (u. a.: Steuervorlage 17, Lohngleichheit).
- aufgrund des Berichts der Gesundheitskommission entschieden, die Volksinitiative «Krankenversicherung. Für die Organisationsfreiheit der Kantone» mittels Abdruck des Unterschriftenbogens in der Verbandspresse zu unterstützen.
- die Prioritäten und Zielsetzungen des Zentralsekretariats für das laufende Jahr festgelegt.

Stefan Giger, Generalsekretär

Leserbrief

## Rehatourismus: Löhne kein Problem

Als langjähriges VPOD-Mitglied verstehe ich den Vorstoss des VPOD Schaffhausen, im Reha-Bereich auf grenzüberschreitende Kooperationen zu verzichten oder diese sogar zu verbieten, überhaupt nicht. Die Löhne des Pflegepersonals in der Schweiz sind nicht das Problem. Dieses liegt vielmehr darin, dass keine schweizerische Bedarfsanalyse über die verschiedenen Arten von Rehabilitationsbedürfnisse vorliegt, dass es keine Koordination unter den Kantonen gibt und dass keine transparenten Anforderungsprofile für Reha-Einrichtungen bestehen. Wenn ein Reha-Aufenthalt in einer unspezifischen Schweizer Reha-Klinik dreimal teurer ist als in einer spezialisierten Klinik in Deutschland, dann stimmt etwas nicht. Der VPOD sollte sich des Problems vertiefter annehmen und Lösungsvorschläge unterbreiten, anstatt ein Verbot für Therapien im Ausland zu erwirken. Bei einer signifikanten Kostenreduktion in der Schweiz müsste sich niemand mehr vor Gesundheitstourismus fürchten.

Victor Ruch, VPOD-Mitglied, Wabern

## Rote Köpfe

Min Li Marti und Balthasar Glättli würden bald Eltern, stand hier zuletzt zu lesen. Das war schon veraltet, ehe die Druckmaschine angeworfen war. Noch im Januar kam Töchterlein Ziva zur Welt. Als Gotte amtiert Natascha Wey, VPOD-Zentralsekretärin. Der Weg in die Politik scheint für das Kleine vorgezeichnet, mit zwei Eltern im Nationalrat. Aber jetzt nichts überstürzen. Erst kommen der Reihe nach Frühschwimmen, Frühchinesisch, Frühalgebra, Frühmarxismus und frühe Blockflöte.

Schmerzhafte Abgänge erleidet die VPOD-Region Zürich. Mit Brigitte Gügler verlässt die am längsten



dort tätige politische Sekretärin den VPOD zugunsten einer beruflichen Neuorientierung. Das ist zwar verständlich, denn zwischen all den vielen Anspruchsgruppen hat eine Regionalsekretärin kein leichtes Los, und 15 Jahre sind eine lange Zeit. Aber es ist zugleich schade, denn der VPOD verliert mit der Kollegin eine schwer zu ersetzende Kraft und ein enormes Mass an Know-how. Gügler war in der Betreuung von Einzelfällen ebenso engagiert wie beim Verfolgen gewerkschaftspolitischer

Ziele, ihre Medienarbeit war ebenso untadelig wie ihr Beitrag zur Weiterbildung und zur Vernetzung namentlich der Gewerkschaftlerinnen. Aber so gross ist diese Welt nicht, als dass die Kollegin sich auf Nimmerwiedersehen aus dem Staube machen könnte. (Behaupten wir jetzt einfach mal.)

Auch die Leiterin der Zürcher VPOD-Administration, Silvia Carsana, zieht weiter. Ihre Pläne sind konkret: Sie wird bei der Kreisschulpflege Limmattal anheuern. Ihre oberste Chefin dort ist Schulpräsidentin Katrin Wüthrich. Die ist im VPOD keine Unbekannte – als langjähriges Mitglied des Landesvorstands. Auch die Nachfolgerin Carsanas kommt nicht von weit: Nannette Vittani war schon bisher im Sekretariat des VPOD Zürich tätig.

Im Kanton Bern sind am 25. März Regierungsratswahlen. Zu den Kandidatinnen gehört die Grüne Christine Häsler, Nationalrätin und VPOD-Mitglied, die den Sitz von Bernhard Pulver übernehmen möchte. Der Berner Stapi von Graffenried nennt sie «eine Berglerin, aber mit urbanem Flair». Für die SP kandidiert Kollegin Evi Allemann, ebenfalls Nationalrätin. Von ihr zitieren wir ein eindeutiges Votum gegen die Sparpolitik: «Nachhaltig gesunde Finanzen erreichen wir nicht mit Steuerbegünstigungen und einseitigen Spardiktaten.» Den Jura-Sitz greift für die SP Christophe Gagnebin an, auch er VPOD-Mitglied. Die Wahlen stehen eh unter dem Motto «Schnegg muss weg». Der SVP-Mann führt das Sozialdepartement seit zwei Jahren rigid: Es wird gespart, was das Zeug hält, egal ob Kranke oder Kinder die Opfer sind. Wie das mit dem Christentum (Schnegg ist Mitglied einer Freikirche) zusammengerückt? Volk, an die Urnen! Wähl ein sozialeres Bern! Bei AvenirSocial, dem Berufsverband der Sozialen Arbeit, gibt es einen Wechsel an der Spitze. An die Seite von Stéphane Beuchat tritt als Co-Geschäftsleiterin Annina Grob. Wie ihre Vorgängerin, Emilie Graff, die eine neue Arbeit beim Kanton Genf anpackt, stösst Grob, Sozialökonomin, von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) zu AvenirSocial. Und wie ihre Vorgängerin ist auch sie im VPOD Mitglied, was auf gute Zusammenarbeit hoffen lässt. | slt (Fotos: Mischa Scherrer, Fabian Lütolf, zVg)





Erst mit juristischer Hilfe des VPOD erhielt U. einen Teil der Auslagen ersetzt

# Und wer zahlt die Spesen?

Jahrelang hatte Kollegin U. zu wenig Spesenentschädigung erhalten. Erst als sie unfallbedingt kurz ausfiel und der Druck auf sie stieg, holte sie sich Unterstützung beim VPOD, um die finanziellen Fragen rund um Krankenlohn, Spesen und Arbeitsvertrag zu klären. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: thomas-bethge/iStock)

In gewissen Kantonen steht Mitarbeitenden im Aussendienst ein Gesamtarbeitsvertrag für Handelsreisende zur Verfügung. Dieser regelt die Rahmenbedingungen des Arbeitsverhältnisses, etwa Probezeit, Kündigung, Arbeitszeit und Ferien, Kinderzulagen und Lohnfortzahlung bei Krankheit. Im Fall von Kollegin U. ging es um die Spesenentschädigung. Bereits bei der Anstellung gab es offene Fragen rund um Zulagen und Spesen. Bevor beide Seiten damals den Vertrag unterzeichneten, stellte die Firma ein Spesenreglement in Aussicht, das sie aber erst zwei Jahre später auf U.s erneute Nachfrage aushändigte.

## Nicht mal ein Telefonat?

Das Problem der Spesen wurde akut, als U. unfallbedingt zu 100 Prozent arbeitsunfähig wurde. Ihr Chef wünschte ihr zwar gute Besserung und vollständige Genesung und verstand auch, dass sie keine Kunden besuchen und beraten konnte. Dass sie aber kein einziges Telefongespräch führen wollte, begriff er nicht. Es sei in U.s Interesse, der Kundschaft zu signalisieren, dass sie nur kurze Zeit ausser Gefecht sei, um so die Kundenbindung nicht zu verlieren. Ihr fehle das unternehmerische Denken, kritisierte er, gerade bei dem Lohnmodell, wo ein Teil ihres Einkommens vom Umsatz abhängig sei.

U. holte sich Unterstützung beim VPOD, um Fragen des Arbeitsvertrags, des Krankenlohns und der Spesenregelung zu klären. Der VPOD-Sekretär glich die Lohnabrechnungen seit Vertragsbeginn mit den Vorgaben des GAV und dem Spesenreglement der Firma ab und stellte fest, dass die ausbezahlten Spesen über die Jahre hinweg in keiner Weise U.s Kosten deckten. Weder die gefahrenen Autokilometer noch die Garagenmiete und die Versicherungs-

Bei der Spesenabrechnung für U. kam der VPOD auf eine deutlich höhere Zahl als der Arbeitgeber.

prämie waren genügend abgegolten. Die Anwälte der Firma rechneten nun ihrerseits vor, wie sich die ausbezahlten Spesen zusammensetzten und kamen – wen wundert's – auf ein ganz anderes Ergebnis. Der kleine Betrag, der U. demnach noch zugestanden wäre, sei mehr als beglichen, da die Firma die Abgrenzung zwischen privat und geschäftlich zurückgelegten Fahrkilometern stets in U.s Interesse grosszügig und unbürokratisch vorgenommen habe.

Eine Woche nach diesem Schreiben, als U. schon lange wieder arbeitete, wurde ihr die Benzinkarte gesperrt und ohne Rücksprache oder Einhaltung einer entsprechenden Frist ultimativ eine neue Spesenregelung zugestellt. Für U. war das unhaltbar, umso mehr als mit dieser Regelung die

Gleichbehandlung im Betrieb noch weniger gewährleistet war, da ihr Arbeitskollege ein Geschäftsauto und eine Benzinkarte zur Verfügung hatte. Sie kündigte fristgerecht.

## Erst mal alles bestreiten

Nun übernahm der VPOD-Vertrauensanwalt den Fall, um die ausstehenden Spesen bei der Firma einzufordern. Detailliert zeigte er auf, welche Beträge gemäss dem ursprünglichen Spesenreglement noch anfielen. Diese Zahlen, die auch auswärtige Verpflegung und Handykosten sowie Kleinspesen, etwa Parkgebühren und Faxkosten umfassten, bestritt die Gegenseite. Weil offensichtlich keine gütliche Einigung mit dem Arbeitgeber möglich war, reichte der Anwalt beim Friedensrichteramt eine Teilklage ein. Nach der Sühneverhandlung konnten sich die Parteien doch noch auf die Nachzahlung eines Betrags einigen. Diese Summe, die zwar nicht ganz so hoch war wie gefordert, wurde U. ausbezahlt – immerhin.



In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Die Hälfte der Wirtschaftsleitung Nicaraguas wird im informellen Sektor erarbeitet

# Kleinstgewerbe in Managua

Die ehemalige Strassenhändlerin Verónica López engagiert sich für die Rechte der auf eigene Rechnung Arbeitenden. Mit Hilfe ihrer Gewerkschaft wehren sich Strassenhändlerinnen gegen die ständigen Schikanen durch die Polizei.

| Text: Heysel Medrano (Foto: Solidar)



*Selbst einst schutzlose Strassenhändlerin, sorgt Verónica López heute als Gewerkschafterin für mehr Sicherheit im informellen Sektor Nicaraguas.*

dann kam die Wende. Verónica López mietete einen Stand an der Universität, wo sie Erfrischungsgetränke verkaufte. Gleichzeitig übernahm sie immer mehr Aufgaben in der Gewerkschaft. Heute hat sie eine Führungsposition inne – als eine der Jüngsten und eine von wenigen Frauen. «Dank der Schulung der CTCP merkte ich, dass ich etwas bewirken kann, und habe die Kraft, anderen zu helfen – vor allem Frauen, die misshandelt wurden und emotionale Unterstützung brauchen», sagt sie. Um dies noch besser tun zu können, begann sie, Psychologie zu studieren.

## Fernziel Sozialversicherung

«Viele sehen die auf eigene Rechnung Arbeitenden als kriminell an», erzählt López. «Dabei sind wir die Opfer, denen die Einkünfte gestohlen werden. Die Polizei ist mehr damit beschäftigt, uns zu vertreiben als uns vor Kriminellen zu schützen.» Vertrieben zu werden heisst immer auch, Investitionen und Existenzgrundlage zu verlieren. Und die Arbeit im strömenden Regen oder unter der sengenden Sonne ist hart. Deshalb setzt sich die CTCP für würdige Arbeitsbedingungen und langfristige Bewilligungen ein – Fernziel ist die Integration ins Sozialversicherungssystem.

Einen grossen Erfolg erzielte die CTCP an einer zentralen Busstation in Managua. Obwohl es dort eine grosse Nachfrage für die Dienste der Kleinhändlerinnen gibt, wurden sie immer wieder drangsaliert und vertrieben. Jetzt haben sie ein verbrieftes Bleibeerecht erreicht. Ausserdem wurden sie in die Planung einbezogen, und die Stadtverwaltung stellt ihnen Holzkioske zur Verfügung. Stets ansprechbare CTCP-Mitglieder sorgen dort jetzt auch für mehr Sicherheit, Sauberkeit und Service. Verónica López sieht sich bestärkt, weitere Beschäftigte des informellen Sektors zu organisieren: «Damit die Bedürfnisse der Arbeitenden bei zukünftigen Projekten berücksichtigt werden.»

«Nicht die Arbeit auf eigene Rechnung ist informell, sondern die nicaraguanische Wirtschaft», stellt Verónica López fest. Obwohl in Nicaragua etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts sogenannt informell erwirtschaftet wird – von Strassenhändlern, Putzpersonal oder Taxifahrerinnen –, haben diese Kleinstgewerblerinnen keinen guten Ruf. Die 28-jährige Alleinerziehende weiss, wovon sie spricht: Sie ist Jugendkoordinatorin in der Gewerkschaft CTCP für Arbeiterinnen und Arbeiter auf eigene Rechnung. Und sie hat selbst als Strassenhändlerin gearbeitet.

## Kein Geld und keine Ahnung

Damit begann Verónica López bereits mit 18 Jahren. Jung schwanger geworden, musste sie die Schule verlassen und zog zu ihrem Freund. Ihre Eltern konnten nicht für sie und ihre Tochter aufkommen. «Ich hatte kein Geld und keine Ahnung», sagt sie rückblickend. Zunächst verkaufte sie Milchreis in Ciudad Sandino, einer Stadt nahe der Haupt-

stadt Managua. Doch der Verdienst war zu klein. Deshalb ging ihr Freund zum Arbeiten nach Costa Rica. Dort fing er jedoch eine neue Beziehung an und liess Verónica López mit grössten finanziellen Problemen zurück. Auch sie fand eine neue Liebe. Er half ihr dabei, eine Garküche auf einem Markt in Managua zu installieren. Aber die Beziehung war schwierig. «Mein Freund war gewalttätig», erzählt López. «Zum Glück hatte ich mit 19 begonnen, mich bei der CTCP zu engagieren. Die Weiterbildungskurse halfen mir, Selbstvertrauen aufzubauen. Irgendwann begann ich mich zu wehren.» Sie trennte sich von ihrem gewalttätigen Partner und zog zurück zu den Eltern. Ihren Marktstand liess sie in Managua zurück.

Was sie in den Kursen der CTCP über Buchhaltung und den Umgang mit der Kundenschaft gelernt hatte, half ihr, sich wieder eine Existenz aufzubauen, wenn auch erneut eine prekäre. «Da ich keine Bewilligung hatte, wurde ich immer wieder vertrieben.» Doch

Hans Graber, pensionierter Feinmechaniker bzw. Schulhauswart, Zürich, 100 Jahre alt

# Altersvorsorge

**Hundertste Geburtstage sind nicht mehr so selten wie einst. Selten ist aber, dass jemand körperlich und geistig noch so frisch ist wie Hans Graber, der im Januar seinen ersten Dreistelligen feierte. Im VPOD ist er seit 77 Jahren dabei.**

| Text und Foto: Christoph Schlatter

Man schätzt ihn vielleicht auf gute 80. Und doch hat Kollege Hans Graber im Januar in Zürich seinen 100. Geburtstag gefeiert. Und «bei guter Gesundheit» bedeutet in seinem Fall wirklich: so gut wie gesund. Ja, neulich, da musste er ein paar Nächte im Triemli-Spital verbringen, was er ungern tat. Ein Lungenödem war der Grund für plötzliche Atemnot. Das war im Dezember. Kuriert, höchstens genervt vom Geschnarche des Zimmerkollegen, verliess er die Stätte zu Fuss. Am 10. Januar, seinem grossen Tag, war er längst wieder zuhause.

## Kameradschaft zahlt sich aus

«Zuhause», das bedeutet in seinem Fall wirklich: in der eigenen Wohnung im Zürcher Kreis 3. Der Haushalt ist aufgeräumt und im Schuss. Fast nicht zu glauben, dass Hans Graber nach wie vor alles alleine schmeisst, wo andere Männer seiner Generation schon überfordert sind, wenn sie ein Ei kochen sollen. Er wohnt allein, aber er fühlt sich nicht allein. «Einsam wäre ich heute», sagt er, «wenn ich nicht im Turnverein gewesen wäre. Oder wenn ich nach dem Turnen immer gleich nach Hause gegangen wäre.» Die generationenübergreifende Pflege der Kameradschaft zahlt sich jetzt, im hohen Alter, aus. (Wer nur gleichaltrige Freunde hat, hat mit 100 nicht mehr viele.)

Hans Graber ist im Baselbiet aufgewachsen und kam 1939 mit seiner Frau nach Zürich. An die Landesausstellung erinnert er sich. Und natürlich an den Krieg, der dann begann. Es war keine leichte Zeit. Das Geld, das er als Feinmechaniker zuerst in der Zahnradfabrik Maag, dann beim städtischen Wasserwerk verdiente, reichte jedenfalls nicht für grosse Sprünge. Hunger allerdings musste die bald einmal vierköpfige Familie nicht leiden; die Versorgung mit Fleisch war sogar komfortabel, weil die Frau in einer Metzgerei arbeitete. Später wechselte der Kollege in den Hauswartberuf. Zuletzt und bis zur Pensionierung betreute er das Schulhaus Döltshi,

Kollege Hans Graber  
ist im Januar  
100 Jahre alt geworden.



das er 1964, direkt nach der Fertigstellung, übernahm. Noch heute erkennen ihn Ehemalige vom Döltschweg als «ihren Abwart» von damals.

Ein Novum war die Doppelturnhalle. Jack Günthard übte mit seiner Nationalmannschaft, den Günthard-Boys, darin. Man kennt den ehemaligen Spitzturner – Olympiasieger 1952 – auch von seinem späteren Engagement als Trainer der Nation. Im Radio Beromünster gab es «Frühturnen mit Jack», im Fernsehen lief «Fit mit Jack». Das war in den 1970er Jahren, als die Volkssportwelle auch die Turnhalle am Döltschweg erreichte. «Turnen für jedermann» hiess die Veranstaltung, bei der man abends für einen Franken Fitness trieb, in Gesellschaft zwar, aber ohne jede Vereinsstruktur. Das war zwar niederschwellig, aber den Vorstellungen von Hans Graber entspricht so etwas nicht.

## Ohne Gewerkschaft im Abseits

Verbundenheit galt auch unter den Hauswarten etwas. Nur wenige seien nicht in der Gewerkschaft gewesen. Im Wasserwerk, wo man den vormaligen Smuveler für den VPOD gewann, wäre man ohne Mitgliedsbüchlein

abseits gestanden. Und ohne den VPOD wäre Hans Graber nach eigener Einschätzung auch kaum so schnell vom Handwerker II zum Handwerker I aufgestiegen. Vielleicht war seinerzeit das Bewusstsein für Gemeinschaft einfach stärker. Allen war klar, dass die Errungenschaften nicht vom Himmel fallen. Auch die vielen Reisen, die er gemacht hat, an Turnfeste nach Stockholm, Paris, Lissabon, ja sogar in die USA, wären ohne Verein ja nicht möglich gewesen.

Bleiben zwei Fragen: Wie wird man so alt? Und will man das überhaupt? Wenn man sich so viel Lebensqualität und so viel Selbständigkeit erhält, lässt sich's durchaus 100 werden. Obwohl: Unternehmungslust und Neugier nähmen schon ab. «Ich habe vieles sehen und erleben dürfen. Ich muss nichts mehr», sagt Hans Graber. Als Rezept für ein langes Leben propagiert er Bewegung: Sein Bike hat er erst kürzlich pensioniert, aber nur aus Angst vor einem Unfall, nicht aus Faulheit. Die Turnübungen mache er regelmässig. Bewegung also, aber nur ja keine Askese. Denn wie gesagt: Wer nach der Arbeit und nach dem Sport die Geselligkeit verschmäh, ist später einsam. Hans Graber nicht.





HOTEL RISTORANTE  
**i GRAPPOLI**

[www.grappoli.ch](http://www.grappoli.ch)

Folgen Sie uns auf 

**EINE RUHIGE OASE IM GRÜNEN  
UNSER HOTEL IST...IHR HOTEL!**

**Für Ihren Aufenthalt: Ermässigungen für  
VPOD-Mitglieder**

**Hotel:**

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote  
25% Rabatt auf Preisliste

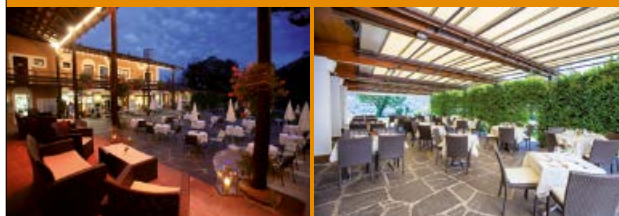
**Bungalow:**

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote  
20% Rabatt auf Preisliste

# SAISONSTART

## 18. März 2018

mit 12 renovierten Zimmern  
und neuer Fernsehanlage!



Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa  
Tel. 091 608 11 87 • Fax 091 608 26 41  
[info@grappoli.ch](mailto:info@grappoli.ch) • [www.grappoli.ch](http://www.grappoli.ch)

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

**VPOD Bildungspolitik Nr. 205 ist soeben erschienen**



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Thema «Bildung in Zeiten der Digitalisierung». Für den Unterricht mit digitalen Hilfsmitteln braucht es Konzepte und Ressourcen.

**VPOD Bildungspolitik**

Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

**Kontakt und weitere Informationen unter:**

[redaktion@vpod-bildungspolitik.ch](mailto:redaktion@vpod-bildungspolitik.ch)  
[www.vpod-bildungspolitik.ch](http://www.vpod-bildungspolitik.ch)  
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

**vpod ssp**

**Impressum**

**Herausgeber:** VPOD

**Generalsekretär:** Stefan Giger

**Redaktion:** Christoph Schlatter |s/t

**Sekretariat:** Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich  
Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
[redaktion@vpod-ssp.ch](mailto:redaktion@vpod-ssp.ch)  
[www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)

**Erscheint 10-mal pro Jahr**

**Satz, Druck und Spedition:**  
gdz AG, Zürich

**Auflage:** rund 20000 Exemplare

**Anzeigenregie:**  
VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich  
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
[hilde.bigler@vpod-ssp.ch](mailto:hilde.bigler@vpod-ssp.ch)

Platzvorschriften unverbindlich



**MIX**  
Papier aus verantwortungsvollen Quellen  
**FSC® C009035**